

Bundestagswahl // 3

Zwischen Tradition
und Verantwortung // 8

Dick und doof? // 10

Die unerträgliche Leichtigkeit // 13



Illustration: Merle Prestin

Brandschutz am Vulkan

Ein Beitrag zur Bundestagswahl

Bundestagswahlen sind für gewöhnlich der Zeitpunkt, große politische Weichenstellungen zu treffen. Nicht selten wird daher beschworen, die anstehende Wahl sei eine wichtige, womöglich generationenentscheidende. Nicht selten stimmt das auch. Selten aber bündelt sich in Bundestagswahlen eine derartige Menge zu beantwortender Fragen und relevanter Themen wie in diesem Jahr.

Angefangen bei der Erwärmung des Weltklimas, über die deutsche und europäische Außenpolitik im Nahen Osten und Asien, hin zur zunehmenden Digitalisierung unserer Lebens- und Arbeitswelt – die Fragen drängen. Leider allerdings scheinen wenige bereit, sie zu stellen, und noch weniger willens, darauf zu antworten. Der Wahlkampf in Deutschland kreist um Plagiate in Büchern, die die meisten nicht gelesen haben, und Fehler in Lebensläufen, die die meisten nicht interessieren. Wer, möchte man fragen, kann sich ernsthaft dafür begeistern, wer, möchte man fragen, lässt sich ernsthaft damit zufrieden stellen?

Die klimatischen Bedingungen weltweit haben wie schon in den vergangenen Jahren deutlich gemacht, dass der Klimawandel nicht nur weltweit, sondern auch in Deutschland längst Realität geworden ist. Warum die Generationen, die über die größten wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Ressourcen in der Geschichte der Menschheit verfügen, trotz aller Vorwarnungen sehenden Auges in eine wirtschaftliche, ökologische und humanitäre Katastrophe hineinlaufen, wird künftigen Historikern Rätsel aufgeben. Schon derzeit werden Bedenken an der Fähigkeit der demokratischen Gesellschaft laut, mit langfristigen Entwicklungen umzugehen. Der Einzelne, so lautet das Argument, sei nicht in der Lage Einschränkungen hinzunehmen, um Folgen abzuwenden, die an anderen Orten, zu anderen Zeiten andere treffen. Was geschieht, wenn wir den Glauben an die Fähigkeit des Einzelnen verlieren, seine Welt zu verstehen und entsprechend zu handeln?

In Ungarn startet bereits der Versuch einer illiberalen Demokratie, was gefährlich anmutet wie die Tyrannei der Massen. Auch im nicht europäischen Ausland steht die demokratische Ordnung auf dem Prüfstand.

Die erschütternden Bilder aus Afghanistan demonstrieren ein nicht zu beschönigendes Scheitern des Westens. Wo will der Westen sich militärisch noch glaubhaft engagieren, wenn er die zurücklässt, die für ihn den Kopf hingehalten haben? Der wirtschaftliche und militärische Aufstieg Chinas stellt die westliche Demokratie zum ersten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges vor die Herausforderung, mit einer nicht demokratischen Weltmacht umzugehen.

Zudem schreitet die Digitalisierung immer weiter voran: Autonomes Fahren, das Internet der Dinge und der Einsatz von künstlichen Intelligenzen, um nur ein paar zu nennen, werden sich in allen Bereichen bemerkbar machen. Es wird Zeit darüber zu reden, wie wirtschaftliche Sicherheit für den Einzelnen und Zusammenhalt in der Gesellschaft zu gewährleisten sind, wenn durch technologische Entwicklungen massenhaft Arbeitsplätze zu entfallen drohen. Der Übergang in eine neue Form der Wirtschaft muss gemeistert werden und es wird mächtig knarzen im Gebälk der sozialen Ordnung.

Die Demokratie, sie ist gefordert.

Aber: Wir sind davon überzeugt, dass diese Probleme überwunden werden können. Wir sind davon überzeugt, dass diese Probleme auch und gerade in einer Demokratie überwunden werden können. Gleichmaßen ist es unsere feste Überzeugung, dass die demokratische Problemlösung eine ernsthafte Debatte über Inhalte und den Wettbewerb der Ideen erfordert. Jede Debatte, die daran vorbeigeht, verkennt, dass der Einzelne nur dann seine politische Zukunft bestimmen kann, wenn er über diese informiert ist.

Eine Politik, die die wesentlichen Probleme des Landes ignoriert, sich in Scheindebatten ergeht und den Bürger aus dem politischen Diskurs ausschließt, gleicht dem Brandschutz am Vulkan. Aus diesem Grund bieten wir auf den folgenden Seiten den politischen Hochschulgruppen der Bucerius Law School Raum, die Ideen und Konzepte ihrer jeweiligen Parteien vorzustellen.

.....
Philip Steinheuser
- Für die Redaktion -

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Aufregende, schwierige Monate liegen hinter uns. Momente, in denen wir uns alle neuen Herausforderungen stellen mussten, ja in denen jede und jeder Einzelne von uns aus dem hinauswachsen musste, was wir vor anderthalb Jahren noch für Normalität hielten. Aber das ist nicht alles.

Aufregende, schwierige Monate liegen vor uns. Selten gab es in unserer Geschichte eine Zeit, in der so viel im Umbruch lag, in der so viele Veränderungen gebraucht und gefordert wurden. Ein BRUCH ist gewollt, ein BRUCH wird geschehen.

Und 2021 wird ihn mit sich bringen. Das jedenfalls haben wir dieses Mal auch unserem Call for Papers zugrunde gelegt.

In dieser Ausgabe beschäftigen sich unsere Autorinnen und Autoren also mit allen Facetten des Bruchs. Ob das einerseits unsere politischen Hochschulgruppen sind, die uns zeitig zur Bundestagswahl die Wahlkampfprogramme ihrer Parteien vorstellen, oder ob es *Philipp Wagner* ist, der uns einen Einblick in die Klima- und Energiepolitik außerhalb des Westens ermöglicht.

Wie war es gestern, wie wird es morgen sein? *Nicolas Philipps* stellt in dieser Ausgabe ein Thema vor, das so auch kürzlich Einzug in die Buchhandlungen gefunden hat: die zukünftige Verantwortung der Familienunternehmen. *Morten Kramme* beschäftigt sich hingegen mit den Missständen im Hier und Jetzt und zeigt auf, warum es uns manchmal allen guttäte, an unseren anerzogenen Vorurteilen vorbeizublicken.

Und als wären diese ganzen Brüche nicht schon genug, steht mit der 26. Ausgabe nun auch für die PuG ein Umbruch an. Naja, jedenfalls ein bisschen. Nachdem Isabelle und Anna sich mit der letzten Ausgabe bereits verabschiedet haben, wollen wir gerne die Chance nutzen, uns euch, liebe Leserinnen und Leser, persönlich vorzustellen. Am liebsten ganz norddeutsch, mit einem einfachen *Moin*. Wir freuen uns schon sehr darauf, gemeinsam mit euch zu erkunden, wohin der Weg der PuG in den nächsten Jahren führt.

Ein großer Dank an dieser Stelle an die Redaktion und den Verein, mit deren Unterstützung wir an dieser Ausgabe gearbeitet haben. Und natürlich an unsere fähigen Autorinnen und Autoren für die vielseitigen und interessanten Beiträge, aus denen wir alle zusammen so viel machen konnten.

Jetzt wollen wir euch aber gar nicht mehr länger auf die Folter spannen, sondern wünschen erst einmal eine spannende Lektüre. Und nicht vergessen, am 26.09.2021 ist Bundestagswahl und jede einzelne Stimme zählt. Nur so kann es zu dem Auf- (Um-)bruch kommen, den ihr euch vorstellt.

Friedrich, Philip und Henrieke

Dear readers!

Troubling, difficult months lay behind us. Moments in which all of us had to face new challenges; moments in which each and every one of us had to outgrow a life that seemed so certain just one and a half short years ago. But that is not all.

Troubling, difficult months lay ahead of us. Rarely has there been a time in history so vibrant with transformation, a time that needed and called for so many changes. A change is wanted, a change will happen.

And 2021 will bring it about. At least, that is what we based our respective call for papers on.

In this issue, our authors concern themselves with all shades of change. Whether that be our political student groups presenting their parties political programs right in time for the federal election in Germany or *Philipp Wagner* giving us an interesting glimpse into climate and energy policy beyond the western world.

How was yesterday, how will tomorrow be? *Nicolas Philipps* introduces us to a topic that recently made its way into the bookstores: the responsibility prospectively born by family companies. Then again, *Morten Kramme* issues grievances in the presence and emphasizes why all of us would do good in looking behind the prejudices we were raised with.

As if that were not enough change already, the 26th PuG issue also entails one. Well, a small one anyway. After Isabelle and Anna

bid their goodbye in the last issue already, we would like to introduce ourselves to you, dear readers; preferably in the northern German way, with a simple *Moin!* We are delighted to take the next few years of the PuG's path together with all of you.

A huge thank you to the editorial team and association, we could not have done the issue without you. And –of course– to our talented authors for their interesting and diverse contributions which turned out so well. We have done it and done it together.

For now, we have no intention of keeping you from diving right into the issue any longer; and wish you a stimulating read. Please keep in mind on the 26.09.2021 is the German federal election – every vote counts. That is the only way the change you have in mind may come true.

Friedrich, Philip and Henrieke

Gendern ist wichtig, sagen die einen, weil Sprache wirke und weil sie sich wandeln könne. Dagegen wird gestritten mit dem Argument, das generische Maskulinum sei die sprachlich korrekte Form, wenn Frauen und Männer angesprochen werden. Oft wird auch auf die Umständlichkeit der gegenderten Form verwiesen. Welcher Meinung man sich auch anschließen mag,

Gendern wir? Ein Wort der Redaktion zum Diskurs

richtig ist: Gendern ist heute eine Frage der politischen Meinung. Deshalb lassen wir unseren Autorinnen und Autoren die Wahl, wie sie es halten möchten. Auch hier ist es unser Anliegen, ihrer Haltung bestmöglich Gehör zu verschaffen. Als Redaktion der PuG haben wir uns entschieden, unsere eigenen Texte zu gendern.

INHALT

1 Titelstory: Brandschutz am Vulkan

Politik

- 3 Wahlaufuf der Juso Hochschulgruppe
- 3 Wahlaufuf des RCDS
- 4 Wahlaufuf der Grünen Hochschulgruppe
- 4 Wahlaufuf der Liberalen Hochschulgruppe der Freien Demokraten
- 5 Wahlaufuf die LINKE Hochschulgruppe
- 5 Erneuerbare Energien als erneuerbaren Status für Marokko

Gesellschaft

- 8 Zwischen Tradition und Innovation
- 9 Obdachlosigkeit – Interesse, Empathie und Respekt
- 10 Dick und doof?

Recht & Wissenschaft

- 11 Für neues Wirtschaften brauchen wir eine neue Lehre in den Wirtschaftswissenschaften
- 12 Ist es Zeit für ein digitales Staatsexamen?

Kunst & Kultur

- 13 Die unendliche Leichtigkeit der Wiederholung
- 14 Im Laufe des Lebens – Hommage an den Bruch
- 14 Intellektuelle
- 15 Abbruch
- 16 Entgewaltigung

POLITIK



BUNDESTAGSWAHL 2021

Wahlaufufruf der Juso Hochschulgruppe

Ein Werbetext für die SPD zu schreiben, ist im Grunde genommen recht einfach: Man nehme eine Partei, die in ihrer langjährigen Geschichte vielfach bewiesen hat, warum sie eine der profiliertesten politischen Kräfte in diesem Land ist, garniert den Text mit einigen beachtlichen Erfolgen, die unter SPD-Ägide erreicht wurden und schließt mit einigen Dossiers sozialdemokratischer Spitzenpolitiker, die sogar post mortem noch Spitzenwerte in der Demoskopie erreichen.

So einfach wollen wir es uns allerdings nicht machen, denn natürlich haben sich die Zeiten geändert. Durch den Wandel des Arbeitsmarktes, Globalisierung und Digitalisierung gibt es die traditionelle WählerInnenschaft nicht mehr, auf die die SPD ihr Selbstverständnis als Volkspartei zurückführt.

Was es allerdings noch immer gibt, sind viele Menschen, die hart arbeiten und es verdienen, dafür fair bezahlt zu werden. Menschen, die ein Recht auf bezahlbaren Wohnraum, eine gute, kostenlose Bildung, die Chancengleichheit ermöglicht, und einen gleichberechtigten diskriminierungsfreien gesellschaftlichen Umgang verdienen. Im Jahr 2021 ist der Himmel über dem Ruhrgebiet zwar wieder blau, dafür stellt die drohende Klimakatastrophe eine weitaus größere Herausforderung dar, der wir uns als Gesellschaft stellen müssen und deren Bewältigung tiefgreifende Veränderungen unserer Lebensweise zur Folge haben wird. Kurz gesagt, die Rahmenbedingungen haben sich geändert. Durch Globalisierung und Digitalisierung sind die zu bewältigenden Aufgaben komplexer und vielschichtiger geworden. Internationale Zusammenarbeit ist wichtiger denn je. Allerdings stehen wir noch immer vor denselben gesellschaft-

lichen Gerechtigkeitsfragen, die mit Blick auf den intergenerationellen Klimaschutz noch eine zusätzliche Dimension hinzugekommen haben.

Es gilt deswegen, auch zukünftig eine Politik zu gestalten, die die soziale Frage nicht außer Acht lässt und für kommende Generationen nachvollziehbare Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit bereithält. Dafür muss man nicht im „luftleeren Raum“ mit seiner Recherche beginnen. Ein kurzer Blick in unser Wahlprogramm genügt, um klarzustellen, dass die SPD auch in Zukunft eine tragende Rolle innerhalb der Bundespolitik einnehmen wird.

Ein Wahlprogramm auf wenige Zeilen herunterzubrechen und die scheinbar wichtigsten Punkte daraus aufzuzählen, ist schwierig und wird der dahinterstehenden Vision nicht gerecht. Trotzdem nun einmal das Wichtigste heruntergebrochen: Zentrale Themen des Wahlprogramms sind Klimaschutz, gute Arbeit und Gerechtigkeit.

Klimaneutralität bis spätestens 2045 und Klimaschutz als Jobmotor sind das Ziel. Strom soll bis 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien bezogen werden. Diese Umstellung wird jedoch dank einer Reform der EEG-Umlage, die zu niedrigeren Verbraucherpreisen führt, sozial verträglich gestaltet.

Nachdem sich die Union die letzten vier Jahre gegen einen Mindestlohn gesträubt hat, der der Arbeit der Menschen gerecht wird und sie teilweise sicher in Altersarmut führt, fordern wir eine Erhöhung auf 12 Euro. Wir setzen uns außerdem für eine Vereinfachung der Möglichkeit, Tarifverträge beispielsweise im Bereich der Pflege für allgemeinverbindlich zu erklären, ein. Außerdem soll Hartz IV nach 15 Jahren

durch das würdevollere und unbürokratische Bürgergeld ersetzt werden.

Die SPD bekräftigt den Anspruch auf gute, verlässliche und vor allem kostenlose Bildung und Betreuung von der Kita an. Dafür sollen die Bundesländer beim weiteren Ausbau von Kitas, Ganztagsbetreuung an Schulen und Jugendeinrichtungen unterstützt werden. Gerade in den Monaten des Lockdowns hat sich außerdem das massive Digitalisierungsdefizit gezeigt, welchem wir durch Investitionen in Soft- und Hardware sowie die Einstellung qualifizierter Lehrkräfte begegnen müssen.

Um klimafreundliche Mobilität zu gewährleisten, wollen wir den öffentlichen Nahverkehr ausbauen, Busse und Bahnen klimaneutral machen. Bahnfahren muss in Europa eine günstigere und unkomplizierte Alternative zum Fliegen darstellen. In den Städten sind zu Fuß Gehende, Rad- und Autofahrende gleichberechtigte VerkehrsteilnehmerInnen, was in sich in der Aufteilung des öffentlichen Raums widerspiegeln soll.

Die SPD will eine Bürgerversicherung mit gleichem Zugang zu medizinischer Versorgung für alle. Außerdem soll der Besitz kleinerer Mengen von Cannabis entkriminalisiert werden.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind in der Wirtschaft besonders spürbar. Allerdings ist eine Austeritätspolitik in diesen Zeiten der falsche Weg, uns wieder aus der Krise zu verhelfen. Jetzt geht es darum, in eine sichere und lebenswerte Zukunft zu investieren. Diese Wirtschaft der Zukunft ist durch innovative, ganzheitlich denkende Unternehmen geprägt, weswegen Gründer und gemeinwohlorientierte Unternehmen gefördert werden sollen.

Um dieses hohe Niveau an Investitionen zu

finanzieren, sollen zum einen im Rahmen dessen, was die Schuldenbremse erlaubt, Schulden aufgenommen werden. Andererseits sollen die besonders vermögenden Mitglieder der Gesellschaft steuerlich besonders in die Pflicht genommen werden, während Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden sollen. Dieses Vorgehen hat sich bereits bei der Abschaffung des „Solis“ für Normalverdiener in dieser Legislaturperiode bewährt.

Außenpolitisch muss die oberste Prämisse deutscher Außenpolitik vor allem eines bedeuten: „Nie wieder Krieg!“. Wir setzen deshalb auf europäische Zusammenarbeit, ein Europa, das nach außen handlungsfähig und nach innen solidarisch ist.

Das in aller Kürze. Ein kluger Mann hat mal gesagt: „Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen“. Doch während Visionen stets etwas Abstraktes haben und sich auf das Resultat beschränken, setzen wir Ziele und fordern die notwendigen Maßnahmen, um diese zu erreichen. Das schaffen wir nur als geeinte, solidarische Gemeinschaft. Gerade die vergangenen Monate der Corona-Pandemie haben uns veranschaulicht, wie wichtig gesellschaftlicher Zusammenhalt ist.

Wir glauben, dass wir unsere Ziele nur erreichen können, wenn wir niemanden dabei zurücklassen und deswegen sind wir noch immer eine Volkspartei. Denn was eine Volkspartei ausmacht ist letztlich nicht, wie viele BürgerInnen sie wählen, sondern für wen sie Politik macht. Wir wollen eine Politik der intra- und intergenerationellen Gerechtigkeit machen und bitten dafür um eure Unterstützung.

.....
Die Jusos

Wahlaufufruf des RCDS

Im vergangenen Jahr ist es sicher vielen von uns schwergefallen, die Aspekte zu verinnerlichen, die unser Leben in Deutschland so lebenswert machen. Denn das Coronavirus hat jeden von uns beschäftigt, in allen Lebensbereichen. Und auch wenn viele es nicht mehr ertragen können, darüber zu sprechen und das letzte Jahr verständlicherweise verdrängen wollen, so hat es uns wohl vor Augen geführt, in was für einer globalisierten und komplizierten Welt wir leben; uns vor Augen geführt, dass wir einem globalen Problem wie der Pandemie nicht entkommen, indem wir die Grenzen der Europäischen Union und innerhalb der Europäischen Union schließen. Auch

nicht entkommen, indem wir einzelne Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus beschließen. Im Endeffekt hat uns nur eines durch diese Pandemie geholfen, und das war unser *gemeinsames Handeln*.

Am besten haben wir innerhalb des letzten Jahres gesehen, wie weit uns gemeinsames Handeln bringt: Blieben wir zuhause, trugen unsere Masken, vermieden Kontakte und hielten Abstand, sanken die Infektionszahlen. Hielten wir die Maßnahmen nicht ein, stiegen sie. Dieses simple Beispiel zeigt uns, dass wir nur als Gesellschaft, als Gemeinschaft die Probleme unserer Zeit bewältigen können. Nicht einzeln.

Natürlich muss jeder Einzelne einen Beitrag leisten. Im Endeffekt kommt es aber darauf an, dass wir alle zusammen das gemeinsame Ziel verfolgen. Allerdings braucht es dafür erst einmal ein gemeinsames Ziel. In einer Zeit der Fake News und des Populismus auf sozialen Netzwerken, scheint es bereits schwierig, sich überhaupt auf Fakten zu einigen, mehr noch: auf gemeinsame Ziele. Die Idee, man könnte mit einer einfachen Mehrheit grundlegende gesellschaftliche und globale Probleme lösen, ist eine Illusion. Vielleicht sind einzelne Veränderungen möglich. Vielleicht kann man mit drastischen staatlichen Eingriffen Probleme lösen – aber um welchen Preis? Ist unser

Anspruch das Wohl vieler oder das Wohl aller? Diese Frage muss sich die Politik täglich stellen. Doch wie erreicht man ALLE? Alle Menschen unseres Landes in Zeiten, in denen es so scheint, als hätte man einen großen Teil der Bevölkerung längst verloren? Verloren an die Politikverdrossenheit. Verloren durch die Abkehr von der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Keiner dieser Menschen ist unwiederbringlich verloren! Um jeden Einzelnen dieser Menschen gilt es zu kämpfen! Deswegen gibt es auch keine einfachen Lösungen: weder im Klimaschutz noch

Fortsetzung auf Seite 4



BUNDESTAGSWAHL 2021

in der Migration und schon gar nicht bei der der zukünftigen Rolle Deutschlands in Europa und der Welt. Wir übersehen allzu häufig, dass wir oftmals die gleichen Ziele haben, uns aber uneinig darüber sind, wie wir diese am besten erreichen können. Der beste Weg ist nicht immer der effektivste, nicht immer der günstigste oder teuerste und auch sicher nicht der schnellste oder langsamste. Der beste Weg ist der, den wir gemeinsam wählen. Für den wir bereit sind, Opfer zu bringen und die Ärmel hochzukrempeln.

Eines sollten wir allerdings bei all dem nicht vergessen: Nach dem *Best Countries Ranking 2020* ist Deutschland eines der zehn lebenswertesten Ländern der Welt. Geringe Arbeitslosigkeit, ein gutes Gesundheitssystem, Bildung, Infrastruktur, Kultur et cetera – Was wollen wir eigent-

lich mehr? Haben wir noch Probleme, für die es sich zu kämpfen lohnt? Die Antwort ist: ja! Natürlich dürfen wir uns nicht ausruhen, nicht den Tatendrang verlieren, uns zu verbessern, wir sollten aber, bevor wir über all das sprechen, was uns beschäftigt, kurz innehalten und realisieren, in was für einem lebenswerten Land wir leben und aufwachsen dürfen. Was ist also unsere Top Priorität in diesen Tagen?

Die Grünen sagen, es ist die Klimakrise. Die Linken, die ungleiche Verteilung des Vermögens in unserem Land. Die FDP sagt, das zu strenge Korsett aus Regeln. Die Wahrheit ist, es gibt nicht nur ein Wahlkampfthema. Wie verhelfen wir der Kunst und Kultur in unserem Land zum alten Glanz? Wie verbessern wir das Bildungssystem? Ein Bildungssystem, in dem jeder nach seinen individuellen

Fähigkeiten gefördert werden sollte, am besten auch digital? Wie können wir es schaffen, dass sich auch kleine Unternehmen vom langen Lockdown erholen, und wie schaffen wir es, unsere Klimaziele zu erreichen, ohne dass wir Einzelne benachteiligen oder Maßnahmen ergreifen, die die Bereitschaft senken, an einer nachhaltigen Welt mitzuarbeiten? Und wofür wollen wir unser Geld ausgeben? Sicherheit, Bildung, Klima, Gesundheit? Es gibt nicht nur ein, nein, es gibt hundert Wahlkampfthemen und die kommende Regierung hat die schwierige Aufgabe, alle diese Interessen zu repräsentieren und ihnen gerecht zu werden.

Lebenswert leben wir alle mal. Im Endeffekt entscheiden wir. Wir entscheiden, ob wir damit zufrieden sind oder nicht zufrieden sind, wie wir leben. Und was wir

ändern wollen.

Um dies zu entscheiden, gibt es das Wahlrecht. Klar, es ist ein Grundrecht – aber nicht irgendein zweitrangiges. Es ist das Wichtigste von allen. Es geht darum, wer wir sind. Wer wir sein wollen.

Und genau deshalb zählt jede einzelne Stimme!

.....
Euer RCDS

Wahlauf Ruf der Grünen Hochschulgruppe

Wahlen politisieren und das gilt ganz besonders dieses Jahr: Fast 16 Jahre lang war Angela Merkel Kanzlerin. Dass sie sich jetzt entschieden hat, nicht mehr zu kandidieren und Raum für etwas Neues zu schaffen, ist gesund für unsere Demokratie. Durch diesem (Um)bruch ist jetzt die Zeit, um wieder beharrlich um die besten Ideen und Lösungen zu streiten. Denn auch wenn Angela Merkel eine beeindruckende Arbeit geleistet hat und Deutschland in ihrer Amtszeit durch mehrere große Krisen navigierte, sind viele andere Probleme auf der Strecke geblieben: Klimaschutz, Digitalisierung, Soziale Gerechtigkeit, Infrastruktur im ländlichen Raum – das sind nur einige der Herausforderungen, von denen wir schon lange wissen, dass sich etwas ändern muss. Diese Themen als wichtige Bausteine für eine zukunftsfähige Gesellschaft zu identifizieren, sie nicht zu verharmlosen und sie mit effektiven Maßnahmen anzugehen, das ist der Ansatz der Grünen.

Zentral ist dabei die Erkenntnis, dass wir dieses Land nicht mit einzelnen, unabgestimmten Maßnahmen nach vorne bringen können, sondern ein zusammenhängendes Konzept brauchen: Ausreichender Klimaschutz ist nicht ohne eine Reform der Wirtschaft zu einer sozialökologischen Marktwirtschaft möglich. Diese Wirtschaft muss auch soziale Gerechtigkeit mitdenken und fördern. Echte soziale Gerechtigkeit erfordert wiederum einen verstärkten Einsatz für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Dafür müssen wir vehement gegen Rechtsextremismus kämpfen. Bei alledem müssen wir international zusammenarbeiten, um globale Gerechtigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit voranzubringen und Frieden zu sichern. Kurz: Alles hängt miteinander zusammen. Daher sind systemische Perspektiven essenziell, um aktuelle Herausforderungen zu verstehen und anzugehen.

Das Ziel ist es also nicht, einzelne Probleme gegeneinander auszuspielen, beispielsweise die Klimakrise gegen die Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit. Stattdessen gilt es anzuerkennen, dass alle diese Themen essenziell für einen langfristigen Ausbau unseres Wohlstands sind und nur im Zusammenspiel funktionieren. Dabei muss auch klar sein: Der Klimaschutz ist nicht mit anderen politischen Problemen zu vergleichen, denn bei seiner Priorisierung besteht kein Spielraum und einen halbherzigen Klimaschutz können wir uns nicht leisten. Der Klimawandel wird mit voranschreitendem Stadium unaufhaltsam, greift unsere Lebensgrundlagen unmittelbar an und bedroht bereits heute viele Existenzen auf der ganzen Welt. Ohne die Klimakrise anzugehen, können also auch andere Probleme gar nicht erst nachhaltig gelöst werden. Daher muss Klimaschutz der Ausgangspunkt für jede gesellschaftliche Entwicklung sein.

Das zeigt sich exemplarisch am Beispiel der Wirtschaft: Arbeitsplätze und Wohlstand können in Deutschland nur langfristig erhalten bleiben, wenn es genug Ressourcen gibt, mit denen wir wirtschaften können. Deshalb muss die Wirtschaft, um sich selbst zu erhalten, klimaneutral werden. Dafür ist es wichtig, dass möglichst früh von staatlicher Seite der notwendige Rahmen geschaffen wird, diese Klimaneutralität zu fördern. Die Grünen (und mittlerweile fast alle anderen Parteien) schlagen dafür einen CO₂-Preis vor. Damit ein solcher Preis nicht zu Lasten einzelner Verbraucher*innen ausfällt, bekommen diese die Einnahmen aus dem Preis direkt als „Energiegeld“ sowie über den Strompreis zurück. Das Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change hat berechnet, dass sich die finanzielle Situation einkommensschwacher Haushalte durch das Energiegeld – wie die Grünen es vorschlagen – sogar verbessert.

Für soziale Gerechtigkeit fordern die

Grünen aber noch mehr: Hartz IV muss überwunden und durch eine armutsfeste Garantiesicherung ersetzt sowie durch eine Kindergrundsicherung ergänzt werden.

Im Einkommen zeigt sich aber auch nur ein Teil der Ungerechtigkeiten in diesem Land. Nicht cis-männliche Personen leiden noch immer unter Sexismus (Personen sind cisgeschlechtlich, wenn sie sich mit dem Geschlecht identifizieren können, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde). Menschen mit Migrationsgeschichte erfahren Rassismus oder sogar rechtsextreme Gewalt, wie die Anschläge in Halle und Hanau leider verdeutlicht haben. Für Menschen mit Behinderung ist unsere Gesellschaft immer noch nicht ausreichend inklusiv. Auch hier braucht es systemische Ansätze, die versuchen, Gleichberechtigung gesellschaftlich breiter zu verankern, beispielsweise durch mehr Sichtbarkeit in der Form von Quoten, eine Sensibilisierung und Reform der Polizei und des Verfassungsschutzes oder ein Bildungssystem, das mehr auf individuelle Bedürfnisse eingehen kann.

Auch global spielt Gerechtigkeit eine zentrale Rolle für die Lösung dieser Krisen. Die Klimakrise kann nur global gelöst werden. Länder im Globalen Süden müssen also dabei unterstützt werden, ihre Wirtschaft auf den Weg zur Klimaneutralität zu bringen. Außerdem muss endlich der Mensch und nicht Staaten in den Fokus von Sicherheitspolitik genommen werden: Statt durch Waffenexporte und die nukleare Teilhabe Eskalationspotentiale auf der ganzen Welt zu erhöhen, sollte eine klar menschenrechtsorientierte Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt werden, die auf Konfliktprävention setzt und ihre Interessen dennoch selbstbewusst behauptet.

Viele dieser Forderungen werden den Staat viel Geld kosten, insbesondere die sozialökologische Transformation der Wirtschaft und die Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit. Zur Finanzierung

dieser Maßnahmen sehen die Grünen im Wesentlichen zwei Instrumente vor:

Zum einen Umverteilungsmaßnahmen, mit denen die Schere zwischen arm und reich geschlossen werden kann. 2017 hielten die reichsten 1% Deutschen 35% des gesamten Vermögens – ungefähr so viel wie die ärmsten 90% der Bevölkerung zusammen. Maßnahmen wie die Garantiesicherung und die Kindergrundsicherung sollten deshalb durch Umverteilungsinstrumente wie die Vermögenssteuer und eine höhere Erbschaftssteuer finanziert werden.

Zum anderen ist ein wichtiges Instrument die Aussetzung der Schuldenbremse. Schulden sind leider gerade in Deutschland noch sehr gefürchtet. Aber die Angst vor ihnen ist falsch, denn in die Zukunft zu investieren ist notwendig und zahlt sich aus: Wenn wir jetzt nicht in unsere marode (wenn überhaupt existente) Infrastruktur, in Schulen und Krankenhäuser und in eine klimaneutrale Wirtschaft investieren, dann nützt uns das gesparte Geld gar nichts. Denn ein Land, das sozial gespalten ist, unter kaputter Infrastruktur leidet und aufgrund seiner technologischen Rückständigkeit keine wirtschaftliche Kraft entfalten kann, wird auch nicht lebenswerter, wenn es keine Schulden hat. Deshalb sind kluge Investitionen in unser Land jetzt wichtig, um seinen Wohlstand nachhaltig zu sichern.

Denn, und das ist auch klar: Es steckt viel Potential in unserer Gesellschaft. Machen wir das Beste draus!

.....
Grüne Hochschulgruppe



BUNDESTAGSWAHL 2021

Wahlaufufruf der Liberalen Hochschulgruppe für die Freien Demokraten

Als Liberale Hochschulgruppe sind wir uns sicher – bei der anstehenden Bundestagswahl am 26. September gibt es nur eine richtige Wahl: Die Freien Demokraten! Dafür haben wir vier Kernanliegen zusammengetragen, die aus unserer Sicht die wichtigsten Punkte des FDP-Wahlprogramms darstellen.

I. Klima und Nachhaltigkeit

„Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland?“ Auf diese von der Forschungsgruppe Wahlen im Juli gestellte Frage gaben jeweils 6% der Befragten „Bildung“ respektive „Renten“ an, 11% entschieden sich für „Ausländer/Integration/Flüchtlinge“ und 10% ordneten das „soziale Gefälle“ als wichtigstes Problem ein. Abgesehen von Corona ist dabei mit 34% das für den Großteil der Befragten wichtigste Problem: „Umwelt/Klima/Energiewende“.

Dies zeigt deutlich, dass dieser Bundestagswahlkampf insbesondere auch ein Wettbewerb um die beste Antwort auf die Klimafrage sowie den Umgang der Parteien mit dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Nachhaltigkeit sein wird. So hat sich das Thema Klimaschutz von einem grün-besetzten Nischenthema in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Diskurses geschoben, bei dem die Herangehensweisen der politischen Parteien jedoch mitunter nicht diametraler sein könnten.

Dabei versuchen CDU und CSU mit der symbolischen Gründung einer Klimaunion von den vergangenen 16 Jahren abzulenken. Und auch die SPD ruht sich unterdessen in ihrem Wahlprogramm noch auf dem bekanntlich (teilweise) verfassungswidrigen Klimaschutzgesetz aus. Daneben will eine Partei endlich richtig durchgreifen. Die Grünen plädieren mittels Benzinpreis-Aufschlägen, Flugverbots und weiteren tiefgreifenden Eingriffen in den freien Markt für eine zentralistisch-repressive Umweltpolitik. Wir Freien Demokraten glauben weder an Symbolpolitik noch an eine bevormundende Verbotskultur. Wir stehen hinter einem Klima- und Umweltschutz durch Innovation.

Wir begreifen den Klimawandel als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Wenn wir diesen jedoch richtig anpacken, kann er auch zu einer unserer größten Chancen werden. Wir brauchen Forschung,

Wissenschaft, Innovationen und die vielen klugen Ideen der Menschen. Denn wir sind uns sicher, dass Umweltpolitik nur bei gegebener Vereinbarkeit mit wirtschaftlichen Interessen nachhaltig erfolgreich sein kann. Darum wollen wir Freie Demokraten die Umweltpolitik endlich als Innovationsmotor begreifen und setzen uns für eine ideologiefreie umweltpolitische Gesetzgebung sowie die Förderung einer lebendigen, innovativen Start-up-Kultur ein. Denn für uns ist gewiss, dass disziplinierter Klimaschutz nur gemeinsam und mit Begeisterung für die Zukunft erfolgreich sein wird.

II. Steuern, Haushalt und Finanzen

Wohl kaum ein Thema wird im Hinblick auf die Bundestagswahl so oft bemüht wie das der Steuern. Von den Grünen über die SPD bis hin zur Linkspartei überbieten sich die politischen Akteure in ihren Forderungen. Sogar Teile der Union können sich mit Steuererhöhungen anfreunden. Wer sich mit diesem Thema aber vertiefter auseinandersetzt, erkennt: Wer nach den vergangenen zwei Jahren Steuererhöhungen fordert, negiert die Wirklichkeit. Schon jetzt ist die Bundesrepublik Deutschland Welt- und Europameister im Feld der Steuern und Sozialabgaben. Der Spitzensteuersatz von 42 % wird bereits ab einem Einkommen von ca. 57.000 € fällig. Rechnet man Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag, Kirchensteuer und Gewerbesteuer zusammen, können sich de lege lata gar Belastungen von mehr als der Hälfte des eigenen Verdienstes ergeben. Noch höhere Abgaben, die in Zukunft nicht nur den individuellen Ertrag, sondern auch noch das Vermögen belasten sollen, seien aufgrund der erheblichen Belastungen durch die Corona-Pandemie gerechtfertigt. Das Steuerkonzept der Grünen sieht so zum Beispiel eine Erhöhung der Einkommensteuer sowie die Einführung einer Vermögensabgabe von einem Prozent per annum vor. Von der Linkspartei wird in Anlehnung an den Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg zusätzlich eine einmalige Vermögensabgabe von 30 % gefordert. Doch wie sollen Aufschwung und Aufstieg nach einer Krise funktionieren, wenn erwirtschaftete Erträge schlicht wegbesteuert und Investitionen damit unmöglich gemacht werden? Das Wiederhochfahren der deutschen Wirtschaft kann nur funktionieren,

wenn Deutschland als Standort attraktiv bleibt und Anreize für Erfolg schafft. Wir Freien Demokraten plädieren deshalb für eine Verschiebung des aktuellen Steuertarifs nach „oben“ – dadurch würden kleinere und mittlere Einkommen entlastet, wogegen die bestehende hohe Belastung höherer Einkommen erhalten bliebe. Sich ergebende Mindereinnahmen sollte der Staat zum Anlass nehmen, auch seine Haushaltspolitik grundlegend neu zu denken. Die „Scholz'sche Bazooka“ sollte einem verantwortungsbewussten Umgang mit unseren Steuergeldern weichen. Es wird Zeit, dass der Staat in Zukunft nicht nur darauf achtgibt, wo seine Einnahmen herkommen, sondern auch, wie damit umzugehen ist.

III. Das Verhältnis von Staat und Bürger

Im Rahmen der Pandemie haben alle festgestellt, wie massiv Freiheitsrechte eingeschränkt werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Grundrechte keine Privilegien sind und Einschränkungen nur an hohe Hürden geknüpft sind. Bei uns steht das Individuum in einem starken Rechtsstaat im Mittelpunkt.

Gerade zu Zeiten des Lockdowns wurde deutlich, wie wichtig den anderen Parteien die Rechte ihrer Bürgerinnen und Bürger sind. Während die Grünen und Linken stetig den Wunsch nach einem härteren Lockdown mit härteren Einschränkungen forderten, verharrte die Regierung auf ihren Einschränkungen, welche vor Monaten verhängt wurden, ohne regelmäßig deren Verhältnismäßigkeit zu prüfen. Wir Freie Demokraten haben ein Auge für die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger. Statt einsperren und „Weiter so!“-Politik setzen wir auf innovative Konzepte und kluge Strategien, auch unabhängig von einer Pandemie-Lage.

Aber nicht nur im öffentlichen Raum achten wir die Freiheitsrechte unserer Bürgerinnen und Bürger. Auch im digitalen Raum setzen wir uns dafür ein, dass die Persönlichkeit der Bürgerinnen und Bürger geschützt wird. Dafür nutzen wir aber nicht Zensur-Maschinen wie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, welches Parteien links der Mitte gar verschärfen wollen, sondern setzen auf einen effektiven Schutz vor Straftaten. Statt Meinungen gar nicht mehr äußern zu dür-

fen, halten wir Freie Demokraten es für den richtigen Weg, Straftaten im Netz mit einem starken Rechtsstaat zu verfolgen.

IV. Bildung

Früher war Deutschland Weltmeister in der Bildung. Heute grüßen wir nur noch aus dem Mittelfeld. Es ist höchste Zeit für einen Wandel! Denn nirgendwo kann man soziale Ungleichheit besser beheben als an der Wurzel des Problems: Unserem veralteten Bildungssystem. Wir Freie Demokraten wollen endlich den Bildungsföderalismus abschaffen. Wir brauchen vergleichbare Abschlüsse, denn der Ort des Abiturs darf nicht ausschlaggebend dafür sein, ob man einen Studienplatz erhält oder nicht. Entscheidend muss die Leistung des Einzelnen sein. Damit aber auch alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, gleiche Leistungen erzielen zu können, ruhen wir uns nicht einzig auf der Abschaffung des Bildungsföderalismus aus. Unsere Schulen müssen moderner und digitaler werden. Und das nicht durch einen Digitalpakt wie dem jetzigen, auf den die Schulen nur mit exorbitant hohem Aufwand Zugriff haben. Diese Symbolpolitik der Regierung hat unserem Land massiv geschadet! Stattdessen müssen wir die bürokratischen Hürden schnell abbauen und Schulen ein eigenes Budget zur Verfügung stellen, damit sie nicht mehr abhängig von Politikerinnen und Politikern sind, die regelmäßig im Bundestag mit dem Fax kommunizieren.

V. Fazit

Umwelt, Finanzen, Freiheitsrechte und Bildung – nur vier Themenblöcke von vielen, in denen uns bewusst sein sollte, dass es Zeit wird, einen Gang hochzuschalten. Die nächste Legislatur wird darüber entscheiden, mit welchen Schwerpunkten und in welchem Tempo unser Land in ein neues Jahrzehnt hineinsteuert. Für den 26. September möchten wir deshalb dazu aufrufen, die Freien Demokraten zu wählen. Für Deutschland gilt nämlich dasselbe, was ohnehin auf dem Law School Campus zu beachten ist: Nie gab es mehr zu tun!

.....
*Carl-Anton Sack, Philipp Riehm
 und Maximilian Globisch
 Liberale Hochschulgruppe*

Wahlaufufruf DIE LINKE Hochschulgruppe

Die Ausgangslage

„Vor uns liegt eine besondere Zeit, eine neue Zeit mit neuen Herausforderungen und neuen Chancen.“

Dieser Satz mag nach einer Platitüde klingen, er mag vor jeder Bundestagswahl gelten, dennoch gilt er auch vor dieser. Neben so offensichtlichen Themen wie der CO-

VID-Pandemie, der Klimakrise und dem weltweiten Erstarken des Protektionismus wird momentan auch deutlich, dass sich die Entwicklung distributiver Technologien weltweit immer unkontrollierter fortsetzt und dass unser Sozialstaat in der vielleicht größten Krise seit Bismarck steckt.

So weit so einig sind sich die meisten Parteien in Deutschland und weltweit. Was aber

tun, lautet die Gretchenfrage. An dieser Stelle scheiden sich konservative und progressive Parteien oft. Letztere finden meistens einen Konsens darin, dass „etwas getan werden muss!“.

Die Vision

Gerade an dieser Stelle setzt DIE LINKE

einen Akzent, der belegen sollte, warum LINKE Politik entgegen manchen Annahmen zeitgemäßer denn je ist: LINKE Politik betrachtet Gesellschaft(en) als Ganzes und stellt dringend notwendige Systemfragen: Wollen wir den oberen Zehntausend in diesem Land mehr Macht und Einfluss geben und die Kluft zwischen arm und reich weiter

Fortsetzung auf Seite 6



BUNDESTAGSWAHL 2021

vertiefen? Oder wollen wir den Sozialstaat stärken, das Klima retten, neue und bessere Arbeit schaffen, gerechter verteilen und für sichere Renten und gute Löhne für alle Menschen kämpfen? Wollen wir den Politiker*innen vertrauen, die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen verantworten und die Gesellschaft spalten? Oder sind wir bereit, uns mit den Reichen und Mächtigen anzulegen? Wollen wir Konkurrenzdruck, Angst und Verunsicherung nachgeben oder wollen wir über unser Leben und unsere Gesellschaft selbst bestimmen? Wie wir diese Fragen beantworten, wird über unsere Zukunft und unser Zusammenleben entscheiden. Es geht also um mehr als um pragmatische Gesetzesentwürfe. Es geht um eine gesellschaftliche Zielvorstellung, eine Vision, wie wir gemeinsam leben wollen. DIE LINKE scheut sich nicht vor großem Denken: Sie fordert „eine Alternative zum Kapitalismus“ und einen „sozial-ökologischen Umbau“. DIE LINKE hat einen Traum. Haben andere Parteien das auch? Nur um richtig verstanden zu werden: Ein Traum reicht mitnichten aus! Gedanken-spiele finanzieren nicht die Renten von morgen. Aber sie sind die Grundlage für eine praktische Politik, welche sich an den konkreten Bedürfnissen der Menschen orientiert, dabei gesellschaftliche Umstände anerkennt und versteht, um letztere zu verändern und eine lebenswerte(re) und gerechte Welt zu gestalten.

Die konkrete Umsetzung in der nächsten Bundestagswahl

Was sind also die konkreten Forderungen derentwegen Frau DIE LINKE wählen sollte? Da wäre zum einen die Frage nach einer

gerechten und modernen Arbeitsmarktpolitik. Zum einen fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 13 €, welcher sich den sozial-ökonomischen Gegebenheiten anpasst, die in unserem Land vorherrschen. Zum anderen fordern wir, dass Leiharbeit, sachgrundlose Befristung und Mini- und Midi-Jobs in sozial abgesicherte Arbeitsverhältnisse überführt werden. Von einem Mindestlohn zu reden ist schön und gut, aber zentral ist, dass er bei den Menschen ankommt. Hier hat die Große Koalition in 16 Jahren auf ganzer Linie versagt: Laut dem DIW erhalten mindestens 3,2 Millionen Menschen in Deutschland eine Vergütung unterhalb des Mindestlohns. Die letzten 20 Jahre Arbeitsmarktpolitik haben eine Gruppe geschaffen, die in der politischen Debatte völlig untergeht.

Ein höherer Mindestlohn ist wichtig, er muss aber vor allem bei allen ankommen!

Die Skepsis dem ungezügelt freien Markt gegenüber findet weiterhin ihren Ausdruck im Gesundheits- und Sozialpolitikkonzept der LINKEN. Vor allem kann und darf es nicht sein, dass im Pflege- und Gesundheitsbereich massive Gewinnausschüttungen stattfinden, wenn dies zu Lasten der Patient*innen geht. Es muss der Grundsatz gelten, dass Wirtschaft der Gesellschaft und nicht Gesellschaft der Wirtschaft dient. Deshalb brauchen wir eine solidarische Gesundheitsversicherung und eine Pflegevollversicherung, mehr Pflegekräfte und eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.200 €, welche die ungenügende Hartz-Gesetzgebung ersetzt. Auch hier

stellen wir ein schweres Fehlversagen der Großen Koalition fest.

Außerdem müssen die Renten sichergestellt werden: Das Rentenniveau muss auf 53% ansteigen, das Renteneintrittsalter sollte gesenkt und nicht, wie es die Union fordert, erhöht werden. Auch brauchen wir eine Erwerbstätigenversicherung für alle, in welche die Ruster-Renten überführt werden.

Zentrales Thema dieser Wahl wird natürlich der ökologische Umbau unserer Gesellschaft sein. Für DIE LINKE ist klar: wir müssen in klimagerechte und sinnvolle Arbeit investieren. Das heißt, wir müssen die Automobilindustrie umbauen, in erneuerbare Energien investieren und sozialgerecht die ökologische Modernisierung von Gebäuden vorantreiben. Außerdem muss ganz pragmatisch endlich die Verkehrswende eingeleitet werden. Das heißt: Wir müssen in den öffentlichen Verkehr, in Radwege, Bahnen und den Stadtumbau investieren. Der ÖPNV muss mit Unterstützung vom Bund ausgebaut und kostenfrei gemacht werden.

Außenpolitisch fordern wir das, was schon unsere Eltern in den 60er-Jahren gefordert haben: Abrüstung! Vielleicht gelingt es ja unserer Generation, die Erhöhung des Rüstungsetats zurückzunehmen, um „den Tod nicht zu exportieren“. Es sollte eine Grundüberzeugung aller friedliebenden Demokrat*innen sein, die Exporte von Waffen zu stoppen, die Bundeswehr auf Verfassungsziele auszurichten, Geflüchteten einen sicheren Hafen zu bieten, Abschiebungen zu stoppen

und das Bleiberecht auszubauen sowie eine humane Seenotrettung sicherzustellen.

All dies ist natürlich nur eine kleine Auswahl der Ziele und Ideen für diese Bundestagswahl. Alle diese Ziele und Ideen folgen dem Gedanken, sachkundige Politik mit Weitsicht und Vision zu verbinden, um das Leben aller Menschen in Deutschland und auch auf der Welt sicherer, freier und vor allem gerechter zu machen.

Fazit

Zum Schluss sei noch auf eine letzte „wahl-taktische“ Überlegung verwiesen: Unser Land braucht linke und LINKE Politik. Auch wenn dies vielleicht bisher nicht deutlich geworden ist, so ist uns doch bewusst, dass die Große Koalition sowie die Grünen im Zuge ihrer vielfältigen Regierungsverantwortungen auch einiges Positives erreicht haben. Wir alle werden uns aber auch sicherlich daran erinnern, mit welchen Problemen die SPD zu kämpfen hat, seit sie einen unionsnahen Kompromisskurs fährt.

Eine wirklich linke Koalition könnte wesentlich mehr ihrer Wahlvorhaben umsetzen, weil sich ihre Überzeugungen weniger widersprechen. Und für eine solche braucht es eine starke LINKE als Partnerin.

Deshalb bitten wir um eure Unterstützung für einen sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Aufbruch!

.....
Eure LINKE-HSG

(Tim Pöppel, Bucerius Law School)

„The era of colonialism is over“: Erneuerbare Energien als erneuerbarer Status für Marokko?

Wie Marokko versucht, sich durch erneuerbare Energieprojekte neu zu erfinden und mit europäischen Hegemonien zu brechen – und was das für den Green Deal der Europäischen Union bedeutet.

Außenpolitik, und das ist nicht erst seit dem Kniefall Willy Brandts bekannt, hat immer auch eine symbolische Komponente. Gesten, Orte, Bauwerke – all dies geht Hand in Hand mit der symbolischen Untermauerung von Außenpolitik. Es ist daher kein Zufall, dass sich das Königreich Marokko bei der im Jahr 2016 stattfindenden Klimakonferenz, der *Conference of the Parties* (COP) der Vereinten Nationen, damit rühmt, als einziger afrikanischer Staat zum zweiten Mal diese multilaterale Klimakonferenz zu beherbergen. Es ging darum, so legt der marokkanische König Mohammed VI in seiner Eröffnungsrede dar, das

historische Pariser Abkommen von 2015 zu präzisieren, weshalb die COP 22 in Marrakesch unter den wichtigsten aller Zeiten sei. Raus aus dem Windschatten der westlichen Staaten – so lautet das Motto.

Neuanfang – das ist auch in konkreter Praxis in der marokkanischen Energieaußenpolitik zu spüren. Allerdings geht es Marokko nicht darum, mit bisheriger internationaler Klimapolitik zu brechen und das UN-Framework zu ignorieren. Im Gegenteil: Mohammed VI versichert seit 2016 mehrfach, dass sein Königreich alles unternehmen würde, um zentrale Abkommen wie das UNFCCC

von 1992, das Kyoto-Protokoll von 2002 oder das Pariser Abkommen von 2015 vollends zu unterstützen, und zwar sowohl finanziell als auch politisch. So sollen bis 2030 mindestens 52 % der nationalen Energieversorgung aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen werden (davon 20 % aus Solarkraft, 20 % aus Windkraft sowie 12 % aus Wasserkraft). Diese sogenannte *New Energy Roadmap* wird begleitet durch verschiedene interne und externe Finanzierungsmechanismen sowie den beratenden nationalen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat, der durch die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften auch die Dezentralisierung

der Energieversorgung bis in die ländlichsten Räume hinein begleiten soll.

Unabhängigkeit durch Selbstverwirklichung

Ein Bruch allerdings ist in der marokkanischen Energieaußenpolitik in Richtung Europa sowie in Richtung seiner Nachbarländer zu spüren: Nachdem das maghrebische Land für lange Zeit nicht als bedeutender Akteur für Klima- und Energiepolitik wahrgenommen wurde, soll Marokko seiner Selbstwahrnehmung nach künftig eine Scharnierrolle zwischen dem Globalen Sü-

den und dem Globalen Norden einnehmen. Dafür fordert der Staat zum einen eine breite Repräsentation für Länder des Globalen Südens ein und verweist auf seine besondere Vulnerabilität durch den Klimawandel sowie das wahrgenommene Nord-Süd-Gefälle in bisheriger internationaler Klimapolitik. In diesem Sinne drückt Mohammed VI es 2016 in seiner Eröffnungsrede ganz deutlich aus: „The era of colonialism is over. The logic of imposing decisions is over.“ So auch im internationalen gemeinsamen Klimaschutz. Der ungleichen Verteilung von Macht und Einfluss, durch die die wesentlichen Vorgaben internationaler Klimapolitik vermeintlich aus westlichen Büros stammen, soll ein Ende bereitet werden. In diesem Sinne ist Marokko Mitglied im *Climate Vulnerable Forum*, einem Zusammenschluss aus 48 südlichen Staaten, die aufgrund der eigenen Verwundbarkeit ein besonderes Interesse an einer maximalen Erderwärmung von 1,5 Grad Celsius haben und ein alternatives multilaterales Forum eröffnen.

Große Pläne, große Projekte

Durch seine ambitionierte Agenda möchte Marokko auch seinen internationalen Status in Richtung der europäischen Staaten aufwerten. Der nordafrikanische Staat war bislang hauptsächlich auf Importe von Ressourcen aus umliegenden Staaten angewiesen, um seinen nationalen Energiebedarf zu decken. Jetzt sollen Großprojekte den Weg aus der Abhängigkeit bereiten. Dazu wurden unter anderem in den Regionen Tetouan, Essaouira, Tangiers und Tafaya unter Teilnahme der beiden halbstaatlichen Energieagenturen riesige Windparks errichtet. Potential für Solarenergie hingegen bieten vor allem der Nord-Osten sowie der Süden des Landes. Allgemein können Infrastrukturen und deren Bereitstellung als ein öffentliches Gut angesehen werden, das von aufstrebenden Mächten genutzt wird, um auch symbolisch eine eigenständige Identität und Macht über ein bestimmtes Territorium zu demonstrieren. Geradezu exemplarisch hierzu erscheint das Megaprojekt des *Noor-Solarparks* in Ouarzazate: Das im Jahr 2016 ans Netz gegangene solarthermische Großprojekt gilt mit seinen 2500 Hektar als der größte Solarpark der Welt und zeichnet sich durch ein System aus mehr als 500.000 Parabolspiegeln mit einem zentralen Solarturm aus. Das Projekt erlaubt es Marokko, nicht nur für sich selbst rund 580 Megawatt an Strom zu generieren, sondern auch durch direkte Kabelverbindungen nach Algerien, Tunesien, Libyen und Ägypten weite Teile der geschaffenen Energie in umliegende Staaten zu exportieren. Daneben ist es die möglichst grüne, sprich CO₂-neutrale Produktion von Wasserstoff, mit der sich Marokko einen neuen Status erspielen möchte: Nicht nur als potentieller Antrieb für Fahrzeuge, sondern auch als Speichertechnologie für die durch Wind- und Solarkraft produzierte Energie wird das Gas derzeit von Marokko auf die internationale Agenda gesetzt und die Forschung vorangetrieben. Die Anbindung des eigenen Energienetzwerks an internationale Klimaschutzziele schafft dadurch eine gewisse Unabhängigkeit von externen Energiemärkten.

Globales Joint Venture

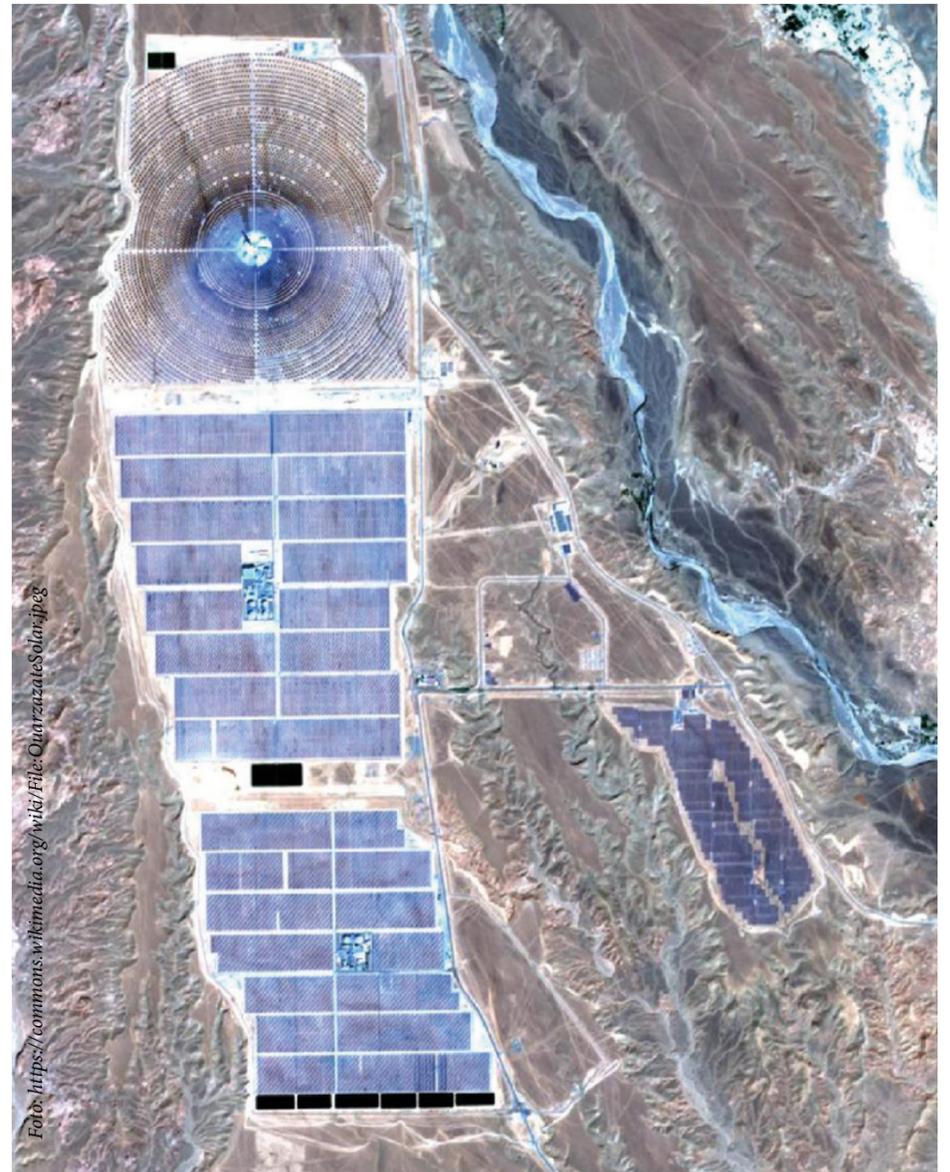
Und hier kommen externe Akteure wie die Europäische Union, die Weltbank oder einzelne europäische Staaten ins Spiel: Staaten des Globalen Nordens zeigen ein besonderes Interesse an den Infrastruktur- und Energievorhaben Marokkos und unterstützen deren Aufbau finanziell massiv – darunter

die deutsche KfW-Entwicklungsbank oder die Europäische Investitionsbank. Nachdem die 2009 gegründete *Desertec*-Initiative aufgrund politischer Umbrüche in Nordafrika sowie interner Auseinandersetzungen über die Abnahme des Stroms ins Stocken geriet, sollen dennoch Wege gefunden werden, wie das Energiepotential Nordafrikas auch für europäische Interessen genutzt werden kann. Die deutsche KfW-Förderbank unterstützt den *Noor-Solarpark* daher mit ungefähr 800 Millionen Euro. Im Juni 2020 unterzeichneten Deutschland und Marokko zudem eine bilaterale Wasserstoffinitiative, durch die das nordafrikanische Königreich eine Summe von rund 300 Millionen Euro zur Verfügung gestellt bekommt, um Infrastrukturen für die Produktion und den weitläufigen Transport von Wasserstoff zu ermöglichen. Aufgrund von Marokkos verfügbaren Energiere Ressourcen und seinen weitreichenden Policy-Vorschlägen für neue Infrastrukturen zeigen sich mehrere europäische Staaten sowie die Europäische Kommission offen für Energieimporte und Unterseekabelverbindungen aus Nordafrika.

Auch der *Green Deal* der Europäischen Union stellt ganz klar Kooperationen mit benachbarten Partnerstaaten in den Fokus, um die für 2050 anvisierte Klimaneutralität zu erreichen und weltweit der erste klimaneutrale Kontinent zu werden. Innerhalb dieses ambitionierten Fahrplans bewegt sich auch die EU-Wasserstoffstrategie, die eindeutig auf internationale Partnerschaften zur Produktion des Gases setzt. Um der wachsenden Nachfrage von erneuerbaren Energien gerecht zu werden, setzt die EU auf Importe von Ressourcen und sieht sich explizit als globale Anführerin der Energiewende an. Dadurch entstehen diplomatische Ambitionen, die sich insbesondere in bilateraler Zusammenarbeit widerspiegeln – so auch mit Marokko. Somit reiht sich der *Green Deal* auch in die europäische Nachbarschafts- und Entwicklungspolitik ein und soll beispielsweise auf industrielle Entwicklungen, Kreislaufwirtschaft und Dekarbonisierung außerhalb der EU einwirken, nicht zuletzt durch die EU-Afrika-Energiepartnerschaft, die bereits 2007 auf dem Lissaboner Gipfel vereinbart wurde.

Gewinner und Verlierer

Das Königreich Marokko steht durch sein Potential in einem besonderen Fokus dieser Energiepartnerschaften. Der Wille Marokkos, sich auf regionaler oder gar globaler Ebene für Klima- und Energiepolitik einzusetzen, zeigt sich auch an der Mitgliedschaft des Landes im Euro-Mediterranen Energieforum (EMEF). Im Rahmen der *New Energy Roadmap* könnte Marokko auch auf regionaler Ebene eine Führungsrolle zukommen, da es sich auch gegen Algerien als Energieversorger abgrenzen und neue geopolitische Möglichkeiten herbeiführen könnte. Vor allem aber ist es der Wille zum Widerstand zu den wahrgenommenen kolonialen Kontinuitäten mit europäischen Staaten, der Marokko zur Schaffung von Energieautonomie und neuer symbolischer Macht anspricht: Endlich soll nicht mehr nur Europa als Vorreiter für Klimaschutz gelten, sondern auch Marokko möchte zu den wichtigsten Playern gehören. Durch das erneuerte Narrativ Marokkos ergibt sich jedoch eine zentrale Fragestellung: Wem nützen die innovativen Energievorhaben letztendlich? Kann Marokko tatsächlich mit der wahrgenommenen hegemonialen Praxis des Globalen Nordens brechen und seinen Status in internationalen Beziehungen aufwerten? Vieles spricht auf den ersten



DER SOLARTHERMIekomplex NOOR OUARZAZATE IM ATLASGEBIRGE.

Blick dafür. So sollen lokale Arbeitsplätze und breite Strukturentwicklungsprogramme geschaffen werden, die zu ausgedehntem Wohlstand, wirtschaftlichem Aufschwung und Stabilität führen sollen. Durch die Aneignung eigener Handlungsfähigkeit werden eine symbolische Macht sowie das Eigenbild eines unvermeidlichen Akteurs in Sachen Energieproduktion konstruiert, das durch die engen Beziehungen zu nördlichen und südlichen Staaten noch gestärkt wird. Der eigene Status innerhalb des internationalen Klimaschutzregimes soll dadurch aufgewertet und die eigene Unabhängigkeit betont werden.

Andererseits ergibt sich ein gewisses Risiko für das nordafrikanische Königreich: Gerät das Land als bloßer Energielieferant Europas in eine neue Falle der Abhängigkeit, die an koloniale Praktiken erinnert und letztendlich den gewünschten Neuanfang in der internationalen Klimapolitik untergräbt? Dadurch, dass die Europäische Union in Sachen Energiewende selbst nur schleppend vorankommt und der *Green Deal* eine eindeutige außenpolitische Komponente enthält, ergibt sich die Gefahr, dass die Produktion grüner Energie letztendlich in angrenzende Staaten wie Marokko „outgesourced“ wird, da die eigene Energiewende zu langsam voranschreitet. Es stellt sich nicht zuletzt die Frage, ob es sich bei den „grünen Partnerschaften“ nicht hauptsächlich um geopolitische Faktoren zur Eindämmung des Einflusses von Staaten wie China handelt.

Vielversprechende Vision oder bloß ideale Illusion?

All dies bringt auch neue lokale Dynamiken in Marokko mit sich: Durch den Ausbau von Infrastruktur greift ein Staat stets in den Alltag seiner Bürger*innen und in die Organisation des Territoriums ein und übt

seine Hoheit und Macht darüber aus. In diesem Sinne könnte ein exzessiver Ausbau von Solarparks, Windrädern sowie Wasserstofffabriken zu nicht-intendierten Nebeneffekten führen, sodass in Marokko autoritäre Praktiken unter Antrieb des europäischen Green Deals noch verstärkt würden. Beispielsweise kann hier auf die zentralistisch organisierte Energiewende Marokkos verwiesen werden, die kaum auf die Belange lokaler Gemeinschaften eingeht und für Bäuer*innen Wasserknappheit für die Produktion von Wasserstoff verstärken könnte. Inwieweit marokkanische Bürger*innen somit an der von außen angestoßenen grünen Energie mitwirken und teilhaben könnten, bleibt also fraglich.

Abschließend lässt sich also feststellen, dass das Königreich Marokko große Pläne hegt, um der Hegemonie westlicher Staaten in Sachen Klima- und Energiepolitik ein Ende zu bereiten. Es lohnt sich daher, in den internationalen Beziehungen aus dem Denken des „The West and the Rest“ herauszukommen und einen genauen Blick auf die Eigendynamiken zu werfen, die sich in Staaten des Globalen Südens abspielen. Zugleich hat sich gezeigt, dass trotz der Fragmentierungen zwischen Staaten und Regionen Klima- und Energiepolitik stets eine gegenseitige Abhängigkeit hervorrufen, schließlich handelt es sich mit dem Weltklima um ein globales öffentliches Gut. Wohin die von Marokko angestrebte Brückenrolle letztendlich führen und wie sich das Spannungsfeld zwischen Statusgewinn einerseits und neuen Abhängigkeiten und Hegemonien andererseits entwickeln wird, verdient daher in den kommenden Jahren besondere Beobachtung.

.....
Philippp Wagner

- Albert-Ludwigs-Universität Freiburg -

GESELLSCHAFT

Zwischen Tradition und Innovation

Wie die *Generation Verantwortung* unsere Wirtschaft und Gesellschaft nach der Pandemie prägen wird

Als Deutschland Anfang März 2020 angesichts der drohenden Gefahr durch das Coronavirus das öffentliche Leben erstmals herunterfuhr, hätte es wohl kaum jemand für möglich gehalten oder zumindest offen ausgesprochen, dass uns COVID-19 über eine solch lange Dauer als latente Gefahr begleiten würde. Doch spätestens mit dem Beginn des Sommers 2021 haben sich die Vorzeichen geändert. Voranschreitende Impfungen und sinkende Inzidenzwerte machen Hoffnung und verdeutlichen zugleich: Es ist an der Zeit, sich über die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft nach der Pandemie Gedanken zu machen.

Welche Mehrheiten in den nächsten Jahren die politische Verantwortung für diese Ordnung tragen werden, entscheidet sich mit der Bundestagswahl Ende September. Doch bereits jetzt steht fest, dass insbesondere Familienunternehmer einen entscheidenden Anteil an dieser künftigen Ordnung haben werden. Diese Erkenntnis erwächst schon aus der Tatsache, dass sich rund 90 Prozent aller deutschen Unternehmen in Familienhand befinden. Ganz unabhängig vom konkreten Engagement der Unternehmerfamilie im Familienunternehmen bedeutet ihre übermäßige Präsenz im Wirtschaftsleben eine besonders hohe Erwartung, von ebendiesen Familienunternehmern Antworten auf die drängenden Fragen der Zukunft zu erhalten.

Mit der Coronapandemie hat sich zwar eine Herausforderung über die vergangenen Monate deutlich in den Vordergrund gedrängt. Doch die ganz reale Bedrohung unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch den Klimawandel sowie das rasche Tempo bei der Digitalisierung mitsamt ihrer disruptiven Folgen verlieren als langfristige Trends und Umbrüche keinesfalls an Dringlichkeit.

Ebenso dringend gefordert ist daher eine Generation von Unternehmerinnen und Unternehmern, die nicht nur bereit ist, Verantwortung für ihre Unternehmen zu übernehmen, sondern die weit darüber hinausdenkt, Verantwortung lebt, in die Gesellschaft trägt und persönlich für Stabilität einsteht – eine Generation Verantwortung.

Was macht diese Generation aus? Wie blickt sie auf die Welt und was setzt sie den großen Umbrüchen entgegen? Eine Analyse.

Starke Wurzeln

Die Wurzeln deutscher Familienunternehmen schlagen tief. Nicht selten liegen sie in einer Zeit, in der Goethe noch lebte und an die Ausrufung des Deutschen Kaiserreichs noch nicht zu denken war. Am Anfang einer langen Geschichte steht jene Generation von Gründern, die mit Geschäftssinn sowie einem Gespür für Märkte und die Bedürfnisse der Kundschaft den Grundstein einer langen Tradition legt – als Visionäre und Pioniere

sind sie Fixstern der Firmenhistorie, oftmals tragen die Unternehmen bis heute den Namen ihrer Gründer.

Der „ehrbare Kaufmann“ hat zugleich Eingang in die Weltliteratur gefunden. „Sey mit Lust bey den Geschäften am Tage, aber mache nur solche, dass wir bey Nacht ruhig schlafen können.“ Wer als Nachfolger diesen Imperativ unternehmerischer Verantwortung, den Thomas Mann seiner Figur Johann Buddenbrook andichtete, verinnerlichte, der sollte davor gefeit sein, einen ökonomischen Verfall wie die selbige Romanfamilie zu erleiden.

Ein langjähriges, erfolgreiches Bestehen am Markt zementiert das Vertrauen und die Bindung zu Kunden und Geschäftspartnern in ganz besonderer Weise. Zugleich definiert Tradition auch die Anspruchshaltung der Familie gegenüber ihrer Betätigung. Allein aus dem unbedingten Willen, die Wurzeln dieser familieneigenen unternehmerischen Betätigung auch für künftige Generationen zu erhalten, ist Familienunternehmen der Gedanke der Nachhaltigkeit, der heutzutage in keinem Parteiprogramm und keiner Investor Relations-Broschüre mehr fehlen darf, schon seit jeher immanent. Das Verständnis von der Gesellschafterstellung im Familienunternehmen und der eigenen Betätigung dort als ein „Geschenk auf Zeit“ verdeutlicht gleichsam das ganz natürliche Band zwischen Eigentum und Verantwortung, zwischen eingesetztem Kapital und persönlicher Haftung, das keine Rechtsform zu ersetzen vermag. Schließlich schlägt sich diese Maxime auch in unserem Grundgesetz nieder, wenn es in Artikel 14 heißt: „Eigentum verpflichtet“ – und das im Falle von Familienunternehmen über Generationen hinweg.

Orientierung in einer Welt voller Möglichkeiten

Die Erkenntnis, in einer schnelllebigen Welt zu stehen, prägt wahrlich nicht nur die gegenwärtige Generation. Schon immer gehörte der Umgang mit dem beständigen Wandel zur unternehmerischen DNA, ausgeprägt in Form eines ständigen Überdenkens und Weiterentwickelns des eigenen Geschäftsmodells.

Doch es verdichtet sich der Eindruck eines zunehmenden Innovationstempos, bedingt durch die rasant voranschreitende Digitalisierung. Eine wahre Reizüberflutung und wachsende Parallelität erfordern die kontinuierliche Steigerung der Schlagzahl bei der Bewältigung von strategischen und operativen Aufgaben. Durch die Geschwindigkeit und Unübersichtlichkeit nimmt auch das Bedürfnis nach Orientierung zu. Die Strahlkraft einer sinnvollen Betätigung gerade in Zeiten gravierender Umbrüche verdeutlicht die Sentenz des österreichischen Neurologen und Psychiaters Viktor Frankl: „Wer ein Warum zu leben hat, erträgt fast jedes Wie.“ Worin liegt also das „Warum“, der Sinn einer

Tätigkeit und damit der unternehmerischen Betätigung als solcher? Bei der Beantwortung dieser Frage spielen Familienunternehmen ihre Stärken aus. Durch die traditionell gewachsenen Strukturen sind gerade sie es, die in Zeiten schnellen Wandels ein Gefühl von Heimat und Vertrauen vermitteln können und dadurch in der Lage sind, Menschen langfristig an sich zu binden.

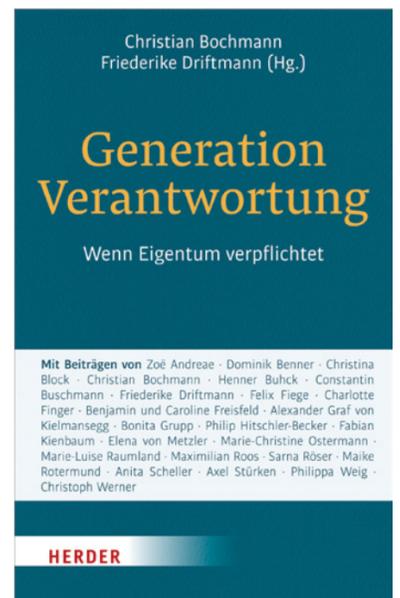
Die Befriedigung einer anonymen Masse von Aktionären wie bei börsennotierten Aktiengesellschaften steht dabei ebenso wenig im Vordergrund wie das in der Start-up-Szene alltägliche Spiel aus Versuch und Irrtum mit raschem Exit, wenn die Geschäfte übermäßig gut – oder eben schlecht – laufen.

Dass der steigende Innovationsdruck ihr immer mehr Agilität und Offenheit im Denken abfordert, dieser Tatsache ist sich die Generation Verantwortung gleichwohl bewusst. Doch auch das ist kein Novum: War es Anfang des 20. Jahrhunderts die leidenschaftliche Debatte über Sinn und Nutzen der Anschaffung eines motorisierten Lastkraftwagens – ein durchaus umstrittenes Wagnis, das die junge Generation damals vehement befürwortete –, so ist es heute die erforderliche Reaktionsschnelligkeit bei der Einschätzung neuer Mitbewerber und Technologien, die in die Gründung eigener Kanäle zur Anfeuerung des unternehmensinternen Ideenwettbewerbes oder in die Transformation traditioneller Geschäftsmodelle hin zu digitalen Plattformen mündet.

Ausdehnung der Gestaltungsmacht

Das bloße Hochhalten von Traditionen reicht also längst nicht mehr aus, um den Fortbestand eines über Generationen geschaffenen Werkes auch nur zu sichern, geschweige denn weiterzuentwickeln. Geschäftsmodelle müssen hinterfragt, antiquierte Strukturen aufgebrochen werden. Ererbte Anteile sind kein bloßer Vermögensgegenstand, sondern vor allem eine facettenreiche Aufgabe, die es mit Freude und Leidenschaft und ebenso viel Mut und Umsicht auszufüllen gilt.

Dem gegenüber steht der Rechtfertigungsdruck, der aus der öffentlichen Berichterstattung erwächst, in der junge Nachfolger als „Goldkinder“ oder „die neuen Reichen“ gescholten werden. Jenseits solcher Klischees hat sich jedoch viel getan: Der typische Nachfolger ist nicht mehr erstgeboren, männlich und trägt womöglich sogar noch den Vornamen des Unternehmensgründers. Ein über Generationen hinweg gepflegtes Denken in patriarchalen Strukturen und starren Thronfolger-Lösungen besitzt heute keine Zukunft mehr. Um sich ihren Aufgaben in einer multipolaren, volatilen und komplexen Welt stellen zu können, ist die Generation Verantwortung nicht nur reich an Ideen und Leidenschaft, sondern auch gut und international ausgebildet. Erst diese gelebte Abkehr von den medial kultivierten Stereotypen erlaubt es, ein Unternehmen nicht bloß zu verwalten, sondern es aktiv zu gestalten.



Der Artikel beruht auf Einsichten und Geschichten aus dem Essayband „Generation Verantwortung – Wenn Eigentum verpflichtet“, herausgegeben von Dr. Christian Bochmann und Dr. Friederike Driftmann.

Das Buch versammelt die Stimmen von zwei Dutzend Nachfolgerinnen und Nachfolgern in deutschen Familienunternehmen, die sich für verantwortungsvolles Unternehmertum einsetzen, und ist im Mai 2021 im Verlag Herder, Freiburg erschienen.

Auf diesem Weg der aktiven Unternehmensführung ist Profitmaximierung an sich überhaupt nichts Schlechtes. In einer von Neid geprägten Debatte wird oftmals vergessen, dass erst durch die Gewinne der Unternehmen volkswirtschaftlicher Wohlstand entsteht und die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die Investition in eine gute Aus- und Weiterbildung gelingt. Wo allerdings blindes Gewinnstreben ohne Rücksicht auf die Folgen für Mensch und Umwelt herrscht, wird Profitmaximierung zu einem schädlichen Instrument. Dem wirkt generationenübergreifendes, verantwortungsvolles Unternehmertum in wohlthuender Weise entgegen. Mit der Generation Verantwortung gehen die reinen Profitmaximierer in den Ruhestand. Denn sie erkennt, dass ökonomische Leistungsfähigkeit langfristig nur im Einklang mit gesellschaftlicher Verantwortung bestehen und erst so ihren vollen Nutzen entfalten kann. Dementsprechend beschränkt sie ihre aktive Gestaltungsmacht heutzutage nicht allein auf den eigenen unternehmerischen Wirkungskreis, sondern fragt vielmehr nach dem gesamtgesellschaftlichen Beitrag, den sie über das Unternehmen hinaus leisten kann. Noch bevor der Gesetzgeber in langwierigen Prozessen Maßstäbe für verantwortungsvolles Handeln in Normen gießt, setzt die Generation Verantwortung aus eigener Motivation heraus Impulse, etwa indem sie die Wertschöpfung entlang ihrer Liefer- und

Verarbeitungsketten kontrolliert und Regionalität auf die Agenda setzt. Auch dort, wo der Staat gänzlich versagt oder seine Aufgaben nicht effizient genug einzusetzen vermag, springt die Generation Verantwortung in die Bresche und fragt nach ihrem eigenen Beitrag für mehr Klimaschutz oder eine bessere Bildung.

Raum für Verantwortung

Angesichts der Anforderungen, die eine multipolare, vernetzte und parallele Welt stellt, sind unternehmerische Antworten mehr denn je gefordert. Antworten im Sinne von entschlossenen Taten, die das Notwendige und Richtige anpacken, um für einen möglichst guten Verlauf des Geschehens zu sor-

gen. So definiert auch der Duden sinngemäß „Verantwortung“.

Es braucht also den Mut, Dinge anzupacken, und den Willen, das Geschehen aktiv zum Besseren zu verändern. Die Generation Verantwortung steht, ebenso wie unsere gesamte Gesellschaft, vor langfristigen strukturellen Veränderungen, die mit vergleichsweise *kurzfristigen* – teils auch *kurzsichtigen* – Entscheidungszyklen in der Politik zusammenfallen. Doch die Generation Verantwortung verfügt über die Kraft, die Ressourcen, den Innovationsgeist sowie das passende Netzwerk und Know-how, um eine echte Wirkung zu entfalten, um einen bedeutenden Beitrag für eine bessere Zukunft zu leisten und positiven Wandel anzustoßen.

Um ihre Antworten geben zu können, darf

sie im Gegenzug auch Erwartungen hegen. Vor allem braucht sie vonseiten der Politik und der Gesellschaft mehr Zutrauen und Freiräume, ebenso wie klare Rahmenbedingungen, innerhalb derer Verantwortung gedeihen kann.

Die reine Beschönigung familienunternehmerischer Werte in Sonntagsreden genügt dabei nicht. Mehr Freiheit und zugleich weniger staatlicher Dirigismus sind der Schlüssel, in dem auch eine Rückbesinnung auf die Grundfesten der sozialen Marktwirtschaft liegt, die der ökonomischen Prosperität unseres Landes einst den Nährboden bereiteten. Deren Vordenker, Bundeskanzler Ludwig Erhard, formulierte in seiner Regierungserklärung vom Oktober 1963: „Unser Weg in die Zukunft wird uns weiter aufwärts führen,

aber er bleibt voller Gefahren.“ Erhards Antwort darauf hat auch heute nicht an Aktualität eingebüßt, wenn er sagt, „bezeugen wir Mut, Gewissen und Solidarität“ – genau diese Fähigkeiten trauen wir der Generation Verantwortung besonders zu, es sind ihre Kernkompetenzen.

Tradition und Innovation, Unternehmergeist und gesellschaftliche Verantwortung gehen bei ihr ganz selbstverständlich Hand in Hand.

.....
Nicolas Philipps

- Bucerius Law School -



Obdachlosigkeit – Interesse, Empathie und Respekt

Obdachlosigkeit riecht oft mies, Obdachlosigkeit tut weh, Obdachlosigkeit verdirbt die Laune an einem schönen Tag und Obdachlosigkeit ruft Vorurteile in uns hervor. Uns, das sind die Wohnungshabenden. Diejenigen, die eher selten daran denken, selbst einmal eine Wohnung zu verlieren und keine neue Bleibe zu finden, selbst mehrere Tage nicht im eigenen Badezimmer warm zu duschen, selbst einmal im vollen Wagon der S1 Richtung Hauptbahnhof desinteressierten Pendlern die eigene Lebensgeschichte zu erzählen und nach Geld oder Essen zu fragen, daraufhin dann selbst nichts oder vielleicht 70 Cent und eine angebrochene Fantaflasche zu bekommen. Wir

Wohnungshabenden denken selten daran, nachts im Oktober bei plötzlichem Kälteeinbruch auf der Straße mitten in Hamburg zu erfrieren – Tage bevor das Winternotprogramm überhaupt öffnen wird.

Wenn wir über (und fast nie: mit) Obdachlose(n) sprechen, dann tun wir das immer aus dieser Sicht: der Sicht der Wohnungshabenden. Erstaunlich oft entstehen dabei Gespräche mit spannenden wie fragwürdigen *hot takes*. Wohnungshabende zeigen sich dann vor Freunden grundsätzlich mitleidig gegenüber Obdachlosen, befürchten jedoch, aus Versehen den Drogenkonsum eines *Junkies* zu finanzieren und verzichten deshalb lieber

auf eine Spende. Genauso regelmäßig schafft es der Einwand in die Welt, in Deutschland müsse niemand auf der Straße leben und betteln, wer dennoch dort landet, sei selbst schuld. Spannend wie fragwürdig sind diese Thesen, weil sie höchstens auf den ersten Blick der Wahrheit ähneln und selbst, wenn sie von Fakten inspiriert sind, verwehren sie Obdachlosen noch ein Minimum an Respekt.

Der Sucht-Einwand

Kaum ein Verbreiter der ersten These kennt zum Beispiel die Antworten auf wichtige Fragen zum Thema Sucht und Obdachlosigkeit. Wie entsteht eine Sucht? Wie verbreitet

ist Sucht unter Obdachlosen? Was kommt häufig zuerst? Die Drogenabhängigkeit oder der Wohnungsverlust? Verzicht auf den Konsum, wenn sie weniger Kleingeld geschenkt bekommen, oder ist die Sucht so stark, dass das notwendige Geld anderweitig organisiert wird, etwa durch unfreiwillige Sexarbeit oder Beschaffungskriminalität? Dass die Antworten nicht zur Allgemeinbildung gehören, ist nicht verwunderlich. Präzise und aktuell lassen sich diese Fragen auch gar nicht beantworten. Es überrascht dennoch, wie wenig über diese Fragen gesprochen wird, obwohl die Spendenverweigerung allein wegen der (potenziellen) Abhängigkeit einer Person oft als legitim gilt.

Daneben überrascht noch ein weiterer Aspekt: Wie sehr wir Wohnungshabende uns für die Verwendung von ein paar Cent und die Gesundheit einer fremden, eventuell (!) abhängigen Person interessieren. Und das, obwohl Sucht uns sonst nicht besonders stark zu interessieren scheint. Wie oft machen wir uns Gedanken darüber, wie hoch die Quote der Alkoholabhängigen im engen Kreis der Familie an Weihnachten ist oder ob der Teile-Konsum der Kommiliton:innen eventuell kurz davor ist, ein Problem zu werden. Abhängigkeit wird bei uns Wohnungshabenden nicht dann zum Thema, wenn sie durch die Nase gelebt wird und Eigentum in Eppendorf hat, wenn man noch rechtzeitig einschreiten könnte, wenn die Abhängigkeit in unserem direkten Umfeld existiert oder wenn man verstehen will, was Abhängige durchmachen. Abhängigkeit wird für uns erst dann zum Problem, wenn uns ein Obdachloser um die 50 Cent bittet, die seit Tagen lose in der Jackentasche herumfliegen. Was sollte er nur anderes damit tun, als Drogen zu kaufen. Was könnten wir schlecht schlafen, wenn er es dann tatsächlich täte.

Die schützende Hand des Staates

Auch dem zweiten verbreiteten *hot take* ist wenig abzugewinnen. Dass die schützende Hand des Staates sicherstellt, dass jedem Menschen, der möchte, auch rechtzeitig und ausreichend geholfen wird, entspricht nicht der Realität. Ein Wohnungsverlust ist kein geplantes Ereignis, auf das man gut ausgerüstet und mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet reagieren kann. Wohnungsverlust ist nicht das Ergebnis einer absehbaren Gleichung, die die Betroffenen vollständig überblicken und deren Ergebnis sie unter Kontrolle haben. Das Gegenteil ist der Fall: Wohnungsverlust tritt für die Betroffenen plötzlich ein. Dann landen Menschen auf der Straße, bevor sie es wahrhaben wollen und

Fortsetzung auf Seite 10

erst recht bevor sie sich darüber informieren konnten, ob, wie und wo ihnen der Staat helfen möchte.

Arme Menschen sind nicht freiwillig arm, sind nicht zu blöd, um zum Amt zu gehen und sind nicht aus Faulheit morgen weiterhin arm. Die Wetten, die Menschen auf die Zukunft machen, gehen manchmal schief und dann klopft Armut an der Tür. Menschen fliehen vor Gewalt in Beziehungen, erleben innerhalb weniger Tage traumatische Ereignisse, die sie so sehr aus der Bahn werfen, dass sie krank werden, ihren Job und kurz darauf ihre Wohnung verlieren. Andere Menschen hatten nicht einmal das Glück, zu irgendeinem Zeitpunkt in festen Verhältnissen gelebt zu haben. Sie fliehen aus Ländern, wo die wirtschaftliche Perspektive schlechter aussieht als Pfandflaschen in Deutschland zu sammeln. Sie wetten nicht einmal auf eine abgesicherte Zukunft und verlieren trotzdem. Selbst wenn der Staat für Bedürftige da und dabei so stark ist, wie häufig geglaubt wird, gibt es trotzdem einen Berg guter Gründe anzunehmen, dass er manchmal einfach nicht

schnell genug agiert und blinde Flecken hat, oder einfach nicht auf dem neuesten Stand ist. In Deutschland zweifelt niemand daran, dass selbst vermeintlich simple behördliche Vorgänge überraschend kompliziert sind. Klagen über Hürden, BAföG oder Kindergeld zu beantragen, werden nicht mit Verwunderung, sondern Zustimmung quittiert. Wieso unterstellen so viele trotzdem, dass ein Antrag auf existenzsichernde Unterstützung schnell und leicht stattfindet? Wieso sollte Obdachlosigkeit, oftmals der bis dahin tiefste Tiefpunkt im Leben der Betroffenen, dabei nicht ein riesiges Hindernis sein? Armut ist Stress. Aus ihr herauszukommen ist kein Punkt auf einer To-Do-Liste, zu dem man sich nur endlich aufrufen muss. Fehlende vier Wände erschweren dies ungemein.

Was hilft das alles?

Auch wenn ein respektvoller Umgang und – wo es die eigenen Verhältnisse zulassen – Spenden an Bedürftige immer geboten sind, muss klar sein, dass hierdurch nicht den kontinuierlich steigenden Zahlen von

obdachlosen Menschen entgegengewirkt werden kann. Echte Hilfe kommt erst, wenn die systemischen Probleme von armen Menschen als solche erkannt und bekämpft werden. Der Weg zu dieser Erkenntnis erfordert Interesse an den betroffenen Personen und Druck der breiten Bevölkerung auf Entscheidungsträger:innen. Es muss uns Wohnungshabende interessieren, wenn in einer wohlhabenden Stadt wie Hamburg mindestens 1900 Menschen ohne Obdach sind, wenn deren Lebenserwartung drastisch niedriger ist als die von Menschen mit einer eigenen Bleibe, wenn diese Personen selbst bei schmerzhaftesten Witterungsbedingungen mit guten Gründen eine Nacht auf der Straße den Unterkünften der Stadt vorziehen. Wenn uns dies endlich interessiert, können wir die eigentliche Debatte beginnen. Dann können wir darüber streiten, ob die bestehenden Angebote verbessert werden sollen oder ob es Zeit wäre, unbürokratische Konzepte, wie *Housing first* stärker in den Fokus zu nehmen.

Der allgemeinen Debatte zum Thema Wohnungslosigkeit fehlt aktuell daher keine ver-

tiefe Kenntnis des Sozialrechts, Ideenvielfalt für Unterbringungslösungen oder Expertise in der Suchtbekämpfung, sondern ein Mindestmaß an Empathie und aufrichtigem Interesse. Obdachlosen muss mit Respekt statt mit einem Strauß an Vorurteilen begegnet werden. Die meisten Obdachlosen waren einmal Wohnungshabende, die berechtigterweise keinen Gedanken daran verschwendet haben, dass sie eines Tages auf der Straße leben würden. Respekt aufbringen, Hilfe anbieten und vorsichtshalber geben, statt nicht zu geben!

.....
Morten Kramme

- Rechtsreferendar -



Illustration: Merle Prestin

Dick und doof?

Ein paar Worte zu „body positivity“ von einem, der allen Grund dazu hätte

Nigel Farage ist auf Cameo! Für 75 läppische Pfund offeriert Mr Brexit, allen „woke-warrior-reoaners“ einen netten, nicht allzu politisch korrekten Gruß zu senden. Toll! Ehrlich, was Nigel Farage kann, kann ich schon lange! Brauche ich also nur noch ein „woke[s]“ Thema, über das ich mich so richtig auslassen kann. Was nun, was tun?

Es heißt, man soll bei sich selber anfangen, bevor man über andere herzieht. Gut, kriege ich hin, habe da genug Material. Welches? Pure Körpermasse, und das geht nicht nur mir so. Besonders „crazy“ Cafés bewerben regelmäßig ihren Kuchen mit dem völlig neuen, äußerst originellen und sehr lustigen Spruch „Je mehr Kuchen Du ist, desto schwerer kannst Du entführt werden –

schütze Dich selbst!“ (Hihihihhi, was für ein Kracher!). Das Thema rund um die Zahl auf der Waage ist dann doch um einiges komplizierter, schambehafteter und unangenehmer. Wer dick ist, will es nicht bleiben und wer schlank ist, hat „ja eigentlich gar nichts gegen Dicke“, aber der/die eigene Partner/in solle doch bitte kein Schwabbelmonster sein. Kurzum: Dick sein ist doof. Findet die Gesellschaft. Würde sie aber niemals sagen. Klar.

Dicker Mist, der Dicken-Mist!?

Keine Sorge, meine im Körperbau Gleichen, Rettung naht. Eine neue Bewegung, die Nigel Farage wohl als „woke“ verschreien würde, will das anpacken (bitte nicht wörtlich verstehen). „Body positivity“ nennt sich der Trend, bewusst und nicht gerade unaufdringlich alle vermeintlichen Schönheitsmängel ans gesellschaftliche Tageslicht zu bringen, Sichtbarkeit zu erhöhen und den nicht-Perfekten ihren Raum zu geben. So sollen gesellschaftliche Normen gesprengt, falsche Erwartungen zerstört und gerade Heranwachsenden der Druck genommen werden, gesellschaftlichen Schönheits- und Figuridealen zu entsprechen. Das kommt mir entgegen, den letzteres habe ich wohl nie. Wow, vivre la diversité!

Nun habe ich also ein tolles Thema gefunden, um es dem schnuckeligen Briten gleich zu tun und es mit „woke[m]“ Quatsch aufzunehmen. Au ja! Darauf habe ich nur gewartet und schon gleiten die Finger nur so über die Tasten. Endlich kann ich schreiben, was ich schon immer wollte: Dicker Mist, der Dicken-Mist! Warum? Na, ist doch klar: Wenn „body positivity“ es endlich normal machen soll, nur normal zu sein (will heißen: auszu-sehen), dann erreicht sie mit ihren Aktionen genau das Gegenteil! Wenn auf Tik Tok figürliche Schrecklichkeiten meiner Statur – einem Walross zum Verwechseln ähnlich – nur um ebendieser Figur Willen über die Bildschirme gleiten, dann – und das gebe ich zu – erregt das zweifelsohne Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit. Aber das, was „body positivity“ eigentlich soll, wird krachend und bewusst verfehlt. Nicht-perfekte Figuren sollen doch nicht modern, trendig und edgy sein, sondern einfach nur normal. So bringt uns menschengewordenen Speckschwarten das

gar nichts und wir sollen’s den Aktivist*innen auch noch danken. Na dann, schönen Dank auch!

Mission Selbstzerstörung

Uiuiui, hat das gesessen. Mensch, bin ich stolz auf mich. Denen habe ich es gezeigt! Doch noch während ich mir selbstzufrieden die Plauze reibe, nagt schon wieder etwas am ach so reinen Gewissen. Muss ich nicht das, was ich die „Woke[n]“ frage, auch gegen mich gelten lassen? Und bin ich wirklich besser? Im Klartext: Habe ich bei „body positivity“ eben noch gefragt, was sie denn bringt, nur um dann stolz festzustellen: nicht viel, so sieht es bei mir nicht besser aus. Was bringt es all denen, die sich für ihre zu rund geratenen Ecken und Kanten schämen, ihre Bewegung wieder zu verdrängen, zu verbannen, zu verschreien? Dann nervt Tik Tok vielleicht ein bisschen weniger. Dann wurde sich einmal über unförmige, schrille Gestalten aufgeregt. Und dann ist eben wieder alles beim Alten. Dann bleibt es dabei, dass alle, deren äußere Erscheinungen nicht nach Fortpflanzung schreien, gar nicht oder zumindest viel zu wenig stattfinden. So verlockend es auch sein mag, als scheinbar Vernünftiger „body positivity“ als unnötig „woke“, nervig und sogar kontraproduktiv abzutun, so gefährlich ist es auch. Es ist Mission Selbstzerstörung unter Dicken, die es im Zweifel nur noch schlimmer macht. Das heißt nicht, dass wir nun alle gerade doch unserem Umfeld stets und ständig unsere sehr großen Oberflächen aufdrängen sollten. Wir sollten uns aber auch nicht darüber echauffieren, wenn andere sich offensiv zeigen. Nur dann haben wir erreicht, was Überrepräsentation wie Verteufelung nicht geschafft haben und worum es doch eigentlich nur gehen sollte: Normalität durch Gleichgültigkeit. Dickes Ding, oder?

.....
Philipp Braun

- Bucerius Law School -

RECHT & WISSENSCHAFT

Transformation der Wirtschaft

Für neues Wirtschaften brauchen wir eine neue Lehre in den Wirtschaftswissenschaften

Unsere Welt zerbricht

Aktuell studiert eine Generation, die ungeschützt mit der Fragilität unserer Welt konfrontiert wird. Zahlreiche Brüche – die allseits bekannte Vielfachkrise aus Klima-, Gerechtigkeits-, Wirtschafts-, Finanz-, Vertrauenskrise und weiteren – waren schon länger offenkundig. Dennoch wurden durch Corona viele weitere an die Oberfläche der öffentlichen Aufmerksamkeit gebracht. Die Allermeisten davon haben direkt oder indirekt etwas damit zu tun, wie wir wirtschaftliches Handeln als Gesellschaft begreifen und gestalten. Während sich Teile der öffentlichen Debatte eine Rückkehr zur Normalität nach der Pandemie herbeisehnen, zeichnen sich andererseits immer stärker neue Bewegungen ab. Sie fordern einen Bruch mit dieser vermeintlichen Normalität, da diese weder in ökologischer noch in ökonomischer oder sozialer Hinsicht als nachhaltig bezeichnet werden kann.

Als Initiator:innen des Podcasts *studies4future* sind wir der Frage auf die Spur gegangen, wie ein Studium der Wirtschaftswissenschaften aussehen kann, das die anstehenden Herausforderungen unserer Gesellschaft umfassend in den Blick nimmt und unsere Generation auf die Gestaltung dieses Wandels vorbereitet. Im vorliegenden Essay soll der Versuch gewagt werden, die Erkenntnisse aus dem Podcast zu skizzieren, verbunden mit den eigenen positiven Erfahrungen unseres Studiums.

Wirtschaftswissenschaften - ohne Bezug zur Realität?

Wer sich schon einmal in eine klassische VWL-Vorlesung gesetzt hat, ist nicht zuletzt durch die Größe des Auditoriums beeindruckt, sondern wird wissen: Hier geht es um das große Ganze, um die fundamentalen Fragen unserer Gesellschaft. Dies zeigt sich auch an der besonderen Bedeutung der Ökonomie unter den Sozialwissenschaften, wenn nicht sogar unter den Wissenschaften im Allgemeinen. Ist es doch die Wissenschaft, deren „Top-“Vertreter – meist Männer – regelmäßig öffentlich Empfehlungen erteilen, die ein großes Echo in Medien und Politik erfahren. Die klassischen Wirtschaftswissenschaften und ihre Vertreter:innen tragen also eine besondere Verantwortung, sowohl für die Verursachung, als auch für die Lösung der Krisen unserer Zeit.

Doch um sich diesen Fragen zu widmen und auf ihre spätere Rolle vorbereitet zu werden, führt das Studium der Volkswirtschaftslehre seine Studierenden auf einen virtuellen Kontinent: Eine „mathematische Scheinwelt“, die sich durch ihre Methode, weniger durch ihren Bezugsgegenstand auszeichnet. Sie ist entfremdet von der realen Welt und unseren alltäglichen Phänomenen und dabei zeitlos

erstarrt. Zukunft und Vergangenheit spielen in der Regel keine Rolle. Für die komplexen Gegebenheiten der realen Welt darunter, für die sich abzeichnenden Risse und die sich vertiefenden Abgründe, gibt es die immer gleichen Lösungen: Unsere Wirtschaftsweisen scheinen nur mathematisch verhandelbar zu sein. Zusätzlich sind die Wege, die von Studierenden eingeschlagen werden können, vorgegeben. Eine konkrete Auseinandersetzung mit der tatsächlichen Welt wird den höheren Semestern am Horizont versprochen. Den Studierenden, die mit der Motivation ins Studium gestartet sind, die Welt zu verstehen und drängende Probleme zu lösen, wird diese schnell genommen, ja geradezu ausgeprägt. Die große Kluft zwischen realer Welt und den ökonomischen Wissenschaften wird so nicht zuletzt den Studierenden schmerzlich bewusst.

Ausgehend von den Wirtschaftswissenschaften hat sich in den letzten Jahrzehnten in Politik und Gesellschaft eine Fantasie- und Machtlosigkeit breit gemacht. Denn zahlreiche Ökonom:innen beharren, angesichts unserer aktuellen Krisen, auf ihren Methoden und betreiben eine „Wissenschaft um ihrer selbst willen“. Wir scheinen uns in einer kollektiven Trance zu befinden: Ein Nebel aus rationalem Individualismus, „mehr-ist-immer-besser“, Wachstumszwang und ein Glaube an fast schon *heilige* Märkte. Diese eigentlichen *Mittel* zum Zweck, haben wir zum einzigen Zweck erhoben. Wirklich innovative Ideen, Wirtschaft wieder zu dem zu machen, was sie sein soll, werden als naiv diskreditiert – und das mit gottesähnlicher Autorität aus dem virtuellen Kontinent mit Verweis auf ökonomische Gesetze.

Gleichzeitig zeigt eine ganze Generation im Wochentakt, dass sie bereit ist, endlich die richtigen Schritte zu gehen, um unseren Planeten zu retten. Und längst nicht alle Ökonom:innen (gerade hier sind es vermehrt Frauen, man denke etwa an Maja Göpel, Claudia Kemfert und international z.B. an Mariana Mazzucato, Kate Raworth, Stephanie Kelton) spielen in der Forschung das Spiel, was der Nachwuchs in den Vorlesungen spielen muss: Seite an Seite mit dem Rest der *Scientific Community* (Scientists4Future) streiten und kämpfen auch sie für die Rettung unseres Planeten.

Ein neuer Kontinent entsteht

Wie lässt sich diese junge Bewegung nun in eine zukunftsfähige, motivierende Bildung umwandeln? Wie können jene Bildung erfahren, die proaktiv die Geschehnisse in der realen Welt angehen wollen? Oder anders ausgedrückt: Wie können wir es schaffen, die Ökonomie als Wissenschaft vom virtuellen Kontinent auf den Kontinent der Tatsachen zurückzuholen, um dort die nötige Gestal-

tung unserer Welt in die Hände zu nehmen?

Einbettung der Wirtschaft in Umwelt & Gesellschaft

Zuallererst muss der Wirtschaftsbegriff anders verstanden werden. Wer „Wirtschaft“ denkt, muss unweigerlich auch „Umwelt“ und „Gesellschaft“ denken. Bislang beschreibt einer der bedeutendsten Lehrbuchökonomien, Paul Samuelson, Wirtschaft als geschlossenen Kreislauf aus Unternehmen, Staat, Ausland & Privathaushalten.

Neben den entsprechenden Theorien gilt es, die Erfahrungswelt der Studierenden als Ausgangspunkt für eine wirtschaftswissenschaftliche Reflexion ernst zu nehmen und in die Kurse einzubeziehen. Studierende sollen sich selbst als angehende Gestalter:innen in der Welt verorten können und einen eigenen normativen Kompass für das weite Feld der Wissenschaft erlangen.

Es muss also darum gehen, die eigenen Erfahrungen und Motivationen zu kontextualisieren und ins Studium einzubringen – und sie nicht durch Modellwelten zu brechen.

Davon ausgehend gilt es, das weite Feld der Wissenschaft auch zu beschreiten - nicht nur den einen, ausgetretene Pfad. Vielmehr müssen die vielen alten, verlassenenen, aber auch die neuen Wege ins Blickfeld der Studierenden gebracht werden. Auch muss die Motivation bestärkt werden, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Dabei gilt es, diese Wege in ihrem Kontext zu sehen und zu verstehen. Und auch mal den ein oder anderen Weg bis zu seinem Ursprung zurückzuverfolgen, um zu sehen, welche Motivationen dahinterstecken und welche Abzweige es noch geben könnte. Die Vielfalt der Wege kann sich in einem Curriculum widerspiegeln, das z.B. Postwachstumsökonomie, Donut-Ökonomie, Modern Monetary Theory und feministische Ökonomie nicht als freiwillige Ergänzungsmodule anbietet, sondern fundamental im Studium verankert. Das jedoch ohne dabei dogmatisch zu sein, sondern Methodenvielfalt als notwendige Gegebenheit zum Verständnis einer komplexen Welt aufzuwerten. Anders ausgedrückt: einer offenen Welt mit eigener Offenheit begegnen. Auch mathematische Modelle können hier ein sinnvoller Weg sein. Doch der vorgegebene Pfad im klassischen Studium in die abstrakte Welt der Standardtheorie schützt Ökonom:innen nur davor, selber in den Abgrund zu stürzen, nicht aber unsere Gesellschaft. Ökonomische Theorien und Perspektiven sollten schließlich nicht dazu dienen, Studierende in eine Scheinwelt zu entführen, sondern Orientierung in einer komplexen Welt geben - Empirie und Evidenz sind dabei zentrale Stichpunkte.

Wirtschaftsweisen müssen prinzipiell als jene fundamental dynamischen Phänomene,

die sie sind, vermittelt werden. Stets von Unsicherheiten geprägt und gestaltbar - von uns als Individuum, als Organisation und als Gesellschaft. Marktgesetze sind wissenschaftliche Annahmen, selbst schon das Ergebnis von Gestaltung und damit auch der Umgestaltung zugänglich!

Im Kern: reflexive Transformation

Aufbauend auf diesem beschriebenen Bruch mit der Mainstream-Lehre sollten Studierende aktiv zu Gestalter:innen des Wandels ausgebildet werden.

Dieser muss ergebnisoffen, aber dennoch mit klaren Zielen in Bezug auf Umweltschutz und gesellschaftlichen Zusammenhalt vollzogen werden. Damit einhergehende, berechnete Ängste, Gefahren und Widerstände müssen frühzeitig in den Transformationsprozess eingebunden werden. Es geht nicht um die Ausbildung einer neuen Gruppe von elitären Manager:innen, sondern um reflektierte Gestalter:innen, die in den verschiedensten Bereichen auf allen Ebenen der Transformation wirkmächtig handlungsfähig werden können - im Großen, wie im Kleinen.

Die dafür benötigten Fähigkeiten und Haltungen lassen sich tatsächlich lernen. Das zeigen bereits erfolgreiche Praktiker:innen und Wissenschaftler:innen, die im Hier und Jetzt mit Entschlossenheit den Wandel voranbringen. Dabei gilt es, neben der Vergangenheit und Gegenwart, die Zukunft ins Studium zu integrieren. Studiengänge in diese Richtung befinden sich noch im Pionierstatus. Umso energischer muss eine umfangreiche Umstrukturierung der bestehenden Studiengänge stattfinden. Zentrale Punkte, die im Kern eines entsprechenden Studiums stehen sollten, werden im Folgenden skizziert:

Gelingende Transformation setzt eine hohe Reflexionsbereitschaft und -fähigkeit voraus. Der eigene Standpunkt, die eigene Motivation und die angeführten Theorien müssen stets im Kontext der aktuellen Situation hinterfragt und angepasst werden. Genauso müssen die Zielbilder der Transformation stetig gesellschaftlich ausgehandelt und hinterfragt werden. Gestalter:innen müssen lernen, sich im Korridor zwischen Beliebigkeit vermeintlich objektiver Theorien gekonnt zu bewegen.

Wirtschaftliche Praktiken sind nicht in Stein gemeißelt. Innovationen müssen erdacht und erprobt werden. Erfolgreiche Konzepte wie die solidarische Landwirtschaft, oder gemeinwohl-bilanzierte Unternehmen können als zu untersuchende Best Practice-Beispiele dienen.

Der Innovation steht die Exnovation gegenüber: Viele Institutionen und Praktiken unseres (wirtschaftlichen) Zusammenlebens

müssen aktiv aufgegeben werden. Dazu gehört unter anderem der entfesselte Individualverkehr in ineffizienten CO₂-Schleudern. Wer hier jedoch darauf wartet, dass „der Markt“ bei genügend Alternativen diese Praktiken verdrängt, verspielt wertvolle Zeit. Eine proaktive Exnovation muss von Anfang an mitgedacht und begleitet werden, um den Wandel zu beschleunigen und dabei möglichst viele Menschen mitzunehmen.

Fantasie- und Machtlosigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben zu einem selbst verursachten Nebel geführt, in dem Veränderungen langsam, „auf Sicht“, gefahren werden. Gleichzeitig zerstört der Status quo in rasendem Tempo weiter unseren Planeten. Imagination hat das Potential diesen Nebel zu lichten: Bilder von möglichen Zukünften, ob nah oder fern, sind die Leuchttürme, an denen sich Transformationsprozesse orientieren können und Menschen Zuversicht schöpfen.

Schon heute haben Imagination und Zukunftsbilder einen maßgeblichen, aber wenig beachteten Anteil an unseren Wirtschaftsweisen. Diese Fähigkeiten müssen kultiviert werden, anstatt sie zu kolonisieren, wie dies derzeit im Marketing geschieht. Tatsächlich ist dies keine Neuerfindung für die Ökono-

mie – schon Adam Smith, der „Gründervater“ der Ökonomie, widmete sich ausführlich der Imaginationskraft des Menschen und hält sie für einen zentralen Bestandteil des Individuums. Heute wird Adam Smith jedoch meist auf die Erfindung der „unsichtbaren Hand des Marktes“ reduziert. Hier zeigt sich einer der oben erwähnten Pfade, die es lohnt, sie bis zum Ursprung zurückzuverfolgen.

Diese Inhalte müssen sich auch in den Prüfungsleistungen widerspiegeln, sind diese doch zentraler Bestandteil eines jeden Studiums. Gerade im aktuellen VWL Studium sind sie maßgeblich für die Motivationsbremse der Studierenden verantwortlich. Klausuren und Hausarbeiten für die Schublade der: Professor:in sollten nicht der zentrale Bestandteil einer Prüfungsordnung sein. Mit dem Podcast studies4future ergründen wir eine Alternative zu klassischen Prüfungsformen: Bei einem Podcast ist das Ziel nicht die Note und die Zielgruppe auch nicht die prüfende Person, sondern ein breites Publikum.

Mit unseren Gästen, (Reinhard Loske, Carla Reemtsma, Maurice Höfgen, Sarah-Lee Heinrich, Silja Graupe, Stephan Ruf, Miriam Wuttke) haben wir uns auf eine forschende,

dialogische Reise begeben. Vor und nach jeder Folge gilt es, stets unsere Rolle im Prozess und über den Podcast selbst zu reflektieren. Dass diese Reise oft mehr Fragen als Antworten aufwirft und hinterher alles hätte besser gemacht werden können, ist ein wertvoller Teil des Ganzen. Auch dieser Essay kann als Teil der Reise gelesen werden.

Fazit

Einer Transformation unserer Wirtschaftsweisen hin zu lebensdienlicheren Formen steht unter anderem die herkömmliche Ausbildung von angehenden Ökonom:innen im Wege. Mit dieser zu brechen und fundamental neue Wege zu gehen, ist Aufgabe von Universitäten und Hochschulen. Dass erste Pionierstudiengänge die skizzierten Anforderungen bereits erfolgreich zum Kern ihres Studiums gemacht haben, ist ein Grund mehr, jetzt vielen Menschen ein solches Studium zu ermöglichen. Nur eine grundlegende Überarbeitung der herkömmlichen Wirtschaftsstudiengänge kann den vielfältigen Herausforderungen unserer Welt gerecht werden. Teil des anstehenden Prozesses können neue Prüfungsformen wie der Podcast studies4future sein, die versuchen, selber ei-

nen Beitrag zur Weiterentwicklung der Lehre an Hochschulen zu leisten.

Die Studierenden, die eine solche Lehre erfahren dürfen, können bereits in ihrer Ausbildung einen wertvollen Beitrag zur anstehenden Transformation unserer Wirtschaftsweisen leisten. Die vielfältigen Wege, die nach dem Studium offenstehen, sollen es angesichts einer zerbrechenden Welt ermöglichen, Selbstgestaltung, Imagination und Mut in Gesellschaft, Politik und Ökonomie zu tragen.

.....
**Jeremias Kostial, mit Aicha Akermi,
 Clara Braun und Julius Schulze-Schilddorf**
 - Host Podcast studies4future
 (studies4future.de, ein Projekt der Cusanus
 Hochschule für Gesellschaftsgestaltung) -

Ist es Zeit für ein digitales Staatsexamen?

Jedes Jahr schreiben in Deutschland ca. 14.000 angehende Jurist:innen das erste Staatsexamen und ca. 13.000 das zweite. Ein Großteil davon – man glaubt es kaum – immer noch mit der Hand.

Während für ausländische Jurist:innen eine digitale Prüfung bereits die Norm ist, konnten sich die deutschen Bundesländer bisher nicht überzeugend zu einer Prüfung am PC durchringen. Dabei wäre dies nicht nur zeitgemäßer, dieses Prüfungsformat wäre vor allem auch verfassungsmäßiger.

In jeder Examensklausur sitzen Kandidat:innen mit Schienen oder Bandagen. Der Satz „In den letzten beiden Klausuren musste ich dann auch eine Schmerztablette nehmen“ ist jeder:r Jurastudent:in hinlänglich bekannt. Es gibt zwar keine genauen Statistiken darüber, wie viele Jurastudent:innen während des Studiums unter Sehnenscheidenentzündungen leiden, fest steht allein: Es sind zu viele. Angesichts der weitestgehend digitalisierten juristischen Praxis drängt sich die Frage auf:

Warum müssen wir unsere Prüfungen in einem Format ablegen, das einen Großteil der Student:innen dazu zwingt, „ihr körperliches Wohlbefinden in nicht unerheblicher Weise zu beeinträchtigen“ und bei einigen sogar (irreversible) körperliche Schäden hervorruft?

So ist es selbst nach längeren Recherchen nicht gelungen, einen einzigen juristischen Beruf zu finden, für den es erforderlich wäre, ca. 200 Seiten per Hand möglichst leserlich schreiben zu können. Abgesehen vom Umsatz der Hersteller von Voltaren und Ibuprofen fällt es schwer, auch nur einen „vernünftigen Grund“ dafür zu finden, dass im 21. Jahrhundert irgendein Mensch noch sechsmal ca. 35 Seiten per Hand schreiben sollte. Während das digitale Staatsexamen also kaum Nachteile mit sich bringt, würde es dafür sorgen, dass nicht mehr ein großer Teil der Studierenden während der Prüfung unter starken Schmerzen leidet. Ohne diese Frage einer ausführlichen verfassungsrechtlichen Prüfung unterziehen zu müssen, liegt das Ergebnis schon auf der Hand. Allein die körperlichen Beein-

trächtigungen einer analog abgelegten Examensphase überwiegen ihre (ohnehin nicht erkennbaren) Vorteile gegenüber einer digitalen Durchführung deutlich.

Auch die grundgesetzlich geforderte Gleichbehandlung von Menschen mit und ohne Behinderung wird vom derzeitigen Prüfungsformat in Frage gestellt. Vielen Menschen mit Behinderung ist es digital leichter oder überhaupt nur so möglich, das Examen abzulegen. Dies ist zwar in der aktuellen Situation in Rahmen eines Nachteilsausgleiches möglich. Allerdings ist dies immer mit einem erheblichen Mehraufwand für die betroffene Person verbunden. Außerdem ist dadurch, dass nur im Rahmen eines Nachteilsausgleiches die Prüfung digital abgelegt werden kann, für Korrektor:innen erkennbar, dass ein Studierender einen solchen beansprucht. Auch dies kann sich in beide Richtungen auf die Bewer-

tung dieser Klausur auswirken und eröffnet also – ohne Not – die Möglichkeit, bei der Bewertung verbotenerweise an ein Merkmal des Art. 3 Abs. 3 GG anzuknüpfen.

Abgesehen von den altbekannten Nicht-Argumenten „Das haben wir schon immer so gemacht“ und „Uns hat das ja auch nicht geschadet“ (wobei Letzteres vor oben beschriebenem Hintergrund sehr zweifelhaft erscheint) gibt es damit keinen vernünftigen Grund gegen die sofortige Einführung des digitalen Staatsexamens.

Es ist also höchste Zeit für ein digitales Staatsexamen.

.....
Anna Isfort und Ennio Friedemann
 - Alumni der Bucerius Law School -



KUNST & KULTUR

Leichtigkeit

Die unerträgliche

„Things look so bad everywhere // In this whole world, what is fair? // We walk the line and try to see // Falling behind in what could be, oh“ sang Whitney Houston 1990 und singt sie heute, jedenfalls aus unseren JBL-Boxen und auf Spotify-Hitlisten. Tönte das Beste aus den 70ern, 80ern und 90ern noch vor Jahren nur aus dem Autoradio, wenn meine Eltern versehentlich Oldie-95 auswählten, ist der Remix von ‚Higher Love‘ das Gute-Laune-Radio von heute. Das Stück ist Teil einer Renaissance wie ihn die deutschen Radiostationen und Chart-Listen selten in diesem Ausmaß erlebt haben. Es wird sich platt an 80er Jahre Beats bedient, so ähnelt ‚Let’s Love‘ von David Guetta und Sia doch erstaunlich Pat Benatar. Und selbst Coldplay und The Weeknd machen vor vertraut klingenden Synthesizer-Klängen keinen Halt.

Nun mag man einwenden, dass Samplen, Remixen und Kopieren insbesondere in Zeiten der Corona-Pandemie probate Mittel sind, um musikalisches Schöpfen ohne Studio, Background-Streichorchester und -Sänger*Innen zu ermöglichen: Es ist schlicht nicht möglich, größere Personenmengen zu versammeln, um bei einem gemeinsamen Brain-Storming an einem neuen Stück zu arbeiten. Dies allein vermag die nicht enden wollende Retroschleife aber nicht erklären – hätten Musiker*Innen sich doch auf melancholische Singer-Songwriter Stücke, aufgenommen im Home-Studio, einigen können.

Auch in unseren Videotheken häufen sich Reminiszenzen an vergangene Jahrzehnte: Die Storyline von ‚The Queens Gambit‘ hätte wohl heute ebenso funktioniert. Die Schachwelt ist weiterhin dominiert von Männern. Aber stellt man sich eine junge, von Betäubungsmitteln abhängige Frau im 21. Jahrhundert vor, erreicht dies wohl nur ansatzweise die Ästhetik einer Beth, die in den 1950er Jahren an Bord einer Pan-Am Maschine einen Martini

mit Olive genießt. Auch andere Serien locken mit der Ästhetik der 1970er bzw. 80er Jahre und wirken, als wäre über alles ein Instagram-Filter gelegt worden – siehe ‚Stranger Things‘ und BBCs ‚The Serpent‘.

Von Möbeldesign und der Mode ganz zu schweigen, fehlt es seit der Pandemie auch an kulinarischen Trends. Wo es zuvor noch alle paar Jahre neue „Entdeckungen“ gab, die für Auswüchse entsprechender Lokale sorgten (Sushi, Burger, Poke-Bowls, Ramen), freuen sich nun alle auf einen entspannten Kneipen-Abend, wie unsere Großeltern ihn pflegten. Auf Instagram wird, natürlich neben dem Bananenbrot, Pasta selbst gemacht und das Italien der 1970er Jahre gefeiert. Dazu wird Aperol Spritz getrunken oder, bei den weniger italophilen Trinker*Innen, ein guter Whiskey.

Diese Retroschleife ist allerdings nicht nur bequem und nett anzusehen, sie birgt auch eine Gefahr. Wenn meine Großmutter von „früher war alles besser“ sprach, tat sie dies mit einem Augenzwinkern. Wusste sie doch genau, dass der Satz in den meisten Teilen unseres täglichen Lebens, gerade dem der Frauen, nicht zutraf. Für meine Generation mag die Zukunft nicht mehr ganz so rosig aussehen. Neben der Klimakrise fürchten wir nun auch noch die nächste Pandemie, die uns Forscher bereits jetzt prophezeien. So bleibt der hartnäckige Zweifel, ob wir nicht doch ein bisschen lieber in den 1970er Jahren aufgewachsen wären – jedenfalls konnte man da noch ohne schlechtes Gewissen in den Urlaub fliegen und Spaghetti Bolognese ohne Gedanken an Massentierhaltung verspeisen. Dass wir die 70er gar nicht miterlebt haben, macht es uns umso leichter, die vergangenen Zeiten zu verklären.

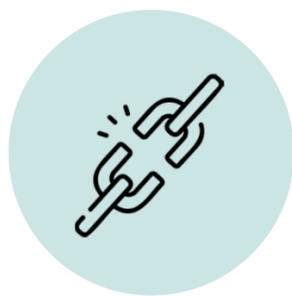
Die nächsten Krisen können wir aber nur bewältigen, wenn wir die Hoffnung haben, dass es danach besser wird. Wer von einer lebenswerten Zukunft erzählt und dabei Backstreet

Boys hört, wirkt weder gegenüber sich selbst noch gegenüber anderen glaubhaft. Mag das Restaurieren von Mid-Century-Möbeln noch nachhaltig sein, sind es Thunfisch-Sashimi und ein alter VW-Bulli sicher nicht. Und dass wir, indem wir alte Zeiten verharmlosen, ein Frauenbild verklären, das wir uns ganz sicher nicht zurückwünschen, dürfte niemand abstreiten. Ein Umdenken in der Kultur allein stellt keine pauschale Lösung für den Klimawandel dar. Wir brauchen dennoch eine eigene Erzählung in Mode, Film und Musik. Und welcher Zeitpunkt eignet sich besser, um damit anzufangen, als das Wahljahr 2021 mit dem möglichen Ende einer sechzehn-jährigen, mal mehr, mal weniger konservativen Politik? Christoph Möllers stellt fest, dass ohne Aussicht auf eine zukünftig bessere Welt der ganze demokratische Aufwand von öffentlicher Debatte, Parteienwettbewerb, Wahlen und allem anderen nicht sonderlich sinnvoll erscheine. Wir sollten uns bewusst machen, dass der Wandel zu einer besseren Zukunft bereits weit vor der Wahlkabine, nämlich in unserem kulturellen Leben beginnt, sei es als Kulturschaffender oder als Konsument. Nur zur Wahl aufzurufen und zu wählen, genügt nicht.

Nachdem uns die Pandemie gelehrt hat, dass wir vielleicht doch kein Revival der 1920er brauchen, sollten wir das Ende dieser Krise mit unserer eigenen Getränke- und Tränkekreation begießen und unsere eigenen 20er Jahre einläuten. Wir sollten die leise Ästhetik unserer Elektro-Autos feiern und nicht dem Porsche 356 hinterhertrauern, den wir in zehn Jahren ohnehin nicht mehr fahren dürfen. Unserer Zukunft können wir sowieso nicht entfliehen, schon gar nicht durch eine Netflix-Serie.

.....
Josina Johannsen
 - Helmut-Schmidt-Universität -

der Wiederholung



Im Laufe des Lebens – Hommage an den Bruch

Menschen brechen auf, brechen ab, brechen zusammen.
Man geht auf Reisen; verliert Kontakte zu Menschen, die einem mal nah waren; löst sich von dem Studium, das einen nicht erfüllt;...

Brüche begegnen uns unser ganzes Leben lang in allen möglichen Konstellationen.

Umso mehr Menschen, Erlebnisse, Erfahrungen und Verantwortungen sich in das Leben eines Menschen schleichen, desto schwerer wird das Gewicht und irgendwann brechen Dinge ab. Das ist genauso logisch, wie es richtig ist. Man kann nicht alles auf einmal tragen.

Der erste Instinkt ist es aber häufig, einen Bruch mit Verlust und Trauer zu verbinden. Eine leere Stelle zu sehen, anstatt der Tatsache, dass andere Bereiche jetzt schlicht mehr Platz haben, um sich entfalten zu können.

Wir haben alle schon mit etwas gebrochen. Und die Trauer, die dabei mitschwingt, ist in jeder Hinsicht legitim. Doch rückblickend betrachtet werden die meisten wohl sagen, dass sie daraus stärker, zumindest aber weiser geworden sind. Aus jedem Bruch entsteht etwas Neues.

Doch Brüche passieren nicht nur außerhalb von einem selbst. Auch mit sich selbst bricht man im Laufe des Lebens. Hat Hobbys, an denen man das Interesse verliert, bildet sich eine neue Meinung und wirft die alte über Bord, erfindet sich selbst neu. Darin liegt nicht der Verlust des eigenen Seins, sondern vielmehr die Erschaffung eines neuen. Der mutige Schritt, sich selbst zu folgen. Um hoffentlich irgendwann an den Punkt zu kommen, mit Erwartungen anderer abzurechnen und stattdessen aufzubrechen in ein Leben nach eigenen Vorstellungen.

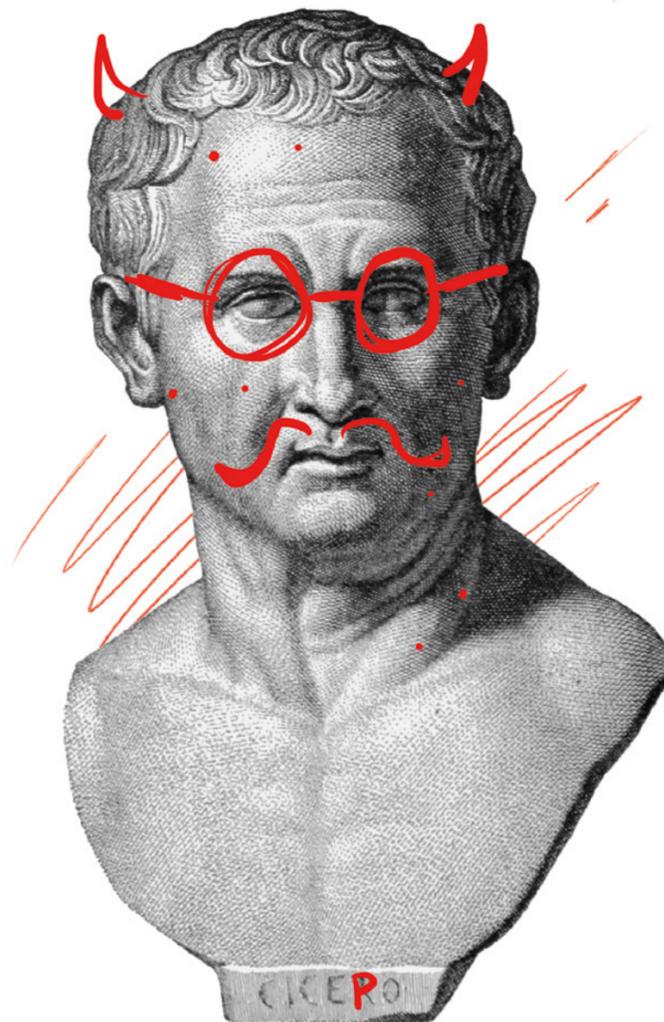
Der Bruch hat sein schlechtes Image nicht verdient.

Man denke bloß daran, was durch ihn im feministischen Kampf bisher alles an alten Konventionen zerfallen ist. In was für einer Welt wir heute leben würden, wenn die Frauen von damals nicht so furchtlos für etwas Neues eingestanden hätten, mag man sich gar nicht erst vorstellen.

Das ist also wohl ein Appell, dem Bruch eine neue Ausstrahlung zu geben.
Chancen, die er uns gibt, zu nutzen.
Und das Gute darin zu sehen.

.....
Farina Dobs

- Universität Hamburg -



Intellektuelle

Intellektuelle, ihr kennt sie, ihr müsst sie lieben.
Sonst wärt ihr niemals an einer Universität geblieben.

Intellektueller Prof in einem Moment schonungsloser Ehrlichkeit und tiefgehender Selbsterkenntnis: „Vielleicht war jetzt nicht jeder Artikel weltbewegend.“ Ja? Hat auch nur ein einziges Wort in irgendeinem Artikel irgendeinem Menschen irgendetwas bedeutet? Ausgenommen natürlich dem geschundenen Hiwi, der die von deutlich intelligenteren und sorgfältigeren Menschen bereits überprüften Fußnoten ein weiteres Mal in völlig sinnentleerter Arbeit überprüft. Getrieben von der erbärmlichen, jeglicher tatsächlicher Anhaltspunkte entbehrenden Hoffnung, sein Name würde dafür zum Dank in einer unbedeutenden und von allen überlesenen Fußnote auftauchen.

Intellektuelle Doktorandin: „Ich schreibe nur noch, worauf ich Bock habe. Nicht mehr die ganzen sinnlosen Artikel, in denen ich die Kommentare, die im Kreis abschreiben, auch noch zusammenfasse. Jetzt nenne ich das Ganze eine synthetisierende Darstellung.“ Das klingt doch gleich viel besser. Und ist gleich viel weniger sinnlos.

Intellektuelle Studierende: „Nein, Noten sind mir nicht so – 15 Punkte? Oh, Gott sei Dank!“

Für den Fall der Fälle lag schon das Rasiermesser im Schrank. Im Spiegelkabinett daneben der Champagner – man weiß ja nie.
Kommt, trinken wir, ein Hoch auf die Meritokratie!

Mitbewohner: „Statt zu trinken solltest du lieber mal das Wohnzimmer aufräumen.“ Ich kann gerade nicht, schwanke zwischen Selbsthass und Nobelpreisträumen. Ohnehin - wie redet ihr mit mir, einem Genie? Ihr wisst doch, ich brauche das Wohnzimmer für Netflix und meine grundlose Apathie!

Intellektuelle – man muss sie einfach lieben.
Oder wie Cicero sagen würde: manus mussus amare.

.....
Venya Schimanowski

- Bucerius Law School -



Bild: Laura Tiemann

Abbruch

Bruch kommt von Brechen.
Brechen im Sinne von Zerbrechen, kaputt gehen.

Gehen bis zum Zusammenbruch.
Bruch im Sinne von Ende - wenn nichts mehr geht.
Mehr als ein Auseinanderfallen - ein Zerfallen.

Zerstört oder aufgelöst?
Verendet oder verlobt?
Vielleicht auch nur unglücklich verliebt.
Wo ist da der Unterschied?

.....
Isabelle Stein
- Bucerius Law School -

Entgewaltigung

Destruktive Kräfte
die sich zusammenziehen
gewaltend sich spalten
zur Nuklearfusion.

Entsetzung
Der archaischen Strukturen
Impulsivität
Statt Form des Rechts.

Tektonische Platten
die aufeinandertreffen
Welten, die zusammenbrechen
Müssen, um neu zu entstehen.

.....
Daria Bayer
- Bucerius Law School -



Illustration: Valérie Greitens

Autorinnen und Autoren gesucht: Werde Teil der PuG!

Kantig, kritisch, persönlich – die PuG ist die Zeitung von Studierenden für Studierende! Die PuG bietet dir die Möglichkeit, Teil eines Diskussionsforums der anderen Art zu sein: Meinungs austausch und kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Themen, die unsere Gesellschaft und explizit dich beschäftigen. Dir wird eine Plattform geboten, die nicht nur eine große Leserschaft erreicht, sondern auch Raum für Reflexion und argumentativ starke Positionen bietet. Unsere Beiträge stammen von Studierenden und jungen Berufstätigen weltweit; bisher konnten wir Beitragende von ca. 30 Universitäten aus 15 Ländern gewinnen. International vernetzt wirst du die Stimme von morgen im politischen Weltgeschehen. Werde Teil unserer Community und nutze

die PuG als Plattform für deinen Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte, ganz egal, in welcher Form: Artikel, Lyrik, Fotoreihen oder Illustrationen – es gibt kein starres Format und keine inhaltlichen Vorgaben. Wir setzen auf die Kraft des guten Arguments und sehen den Wert unserer Zeitung gerade darin, dass sie unterschiedliche Sichtweisen und Ausdrucksformen einander gegenüberstellt und in Austausch bringt.

Für jede Ausgabe geben wir Leitthemen vor, an die du dich halten kannst, aber nicht musst.

Werde kreativ, werde kritisch – werde Teil der PuG-Gemeinschaft!
Wie? Reich uns DEINE schriftlichen Bei-

träge (max. 2000 Wörter) im doc.-Format (Microsoft Word) und DEINE Bilder als jpeg.-Datei ein.

So findest Du uns: sende Deine Beiträge oder Fragen an kontakt@politik-gesellschaft.com. Wir freuen uns auf Deine Nachricht! Außerdem kannst Du unsere Facebook-Seite <https://www.facebook.com/wearepug/> abonnieren, uns bei Instagram folgen (@politik_gesellschaft) oder unsere Homepage www.politik-gesellschaft.com besuchen!

Bis zur nächsten Ausgabe
DEIN PuG-Team

Join our international community of authors and artists

PuG stands for personal pieces, clear stances and critical thinking – it's the journal by students for students. Make PuG your platform and become part of the debate: PuG brings together students and young professionals from different academic fields and political affiliations as authors and readers and offers them a space not only to share their ideas and views but also their art and poetry. By contributing you become part of an international community of young people from up to now over 30 universities and 15 countries around the world – and it keeps growing.

How do I contribute? Send us anything from opinion pieces, poems, photo series or illustrations to the following e-mail-address: kontakt@politik-gesellschaft.com. We are also grateful for any kind of feedback!

Is there a deadline for contributions? Yes. Watch our website and facebookpage for our call for papers: www.politik-gesellschaft.com and www.facebook.com/wearepug/, or follow us on Instagram @politik_gesellschaft.

However: You can send us your pieces any time – if you've missed the deadline for our current issue, we may just move it to the next one.

Looking forward to hearing from you!
Your PuG-Team

Impressum

Die PuG ist eine Zeitung von Studierenden und anderen jungen Leuten. Gründungs-ort und Sitz der PuG ist die Bucerius Law School in Hamburg. Die Redakteure sind, wenn nicht anders gekennzeichnet, Studierende der Bucerius Law School.

The PuG is a newspaper run by students and other young people for everyone. It was founded and is based at Bucerius Law School in Hamburg, Germany. If not otherwise indicated, our editors are students from Bucerius Law School.

Besonderer Dank gilt der:

Kursbuch Kulturstiftung

Insbesondere ihrem Geschäftsführer,
Herrn Dr. Sven Murmann.

Herausgeber:

Politik und Gesellschaft e.V.

Vorsitzende:

Sophia Schamberg
Marc Philip Greitens

Redaktionsleitung (i.S.d. § 8 HmbPrG):

Friedrich Muche
Henriette Schwermann
Philip Steinheuser

Redaktion:

Amelie Hoffmann
Amelie Timme
Isabelle Stein
Jasper Tretow
Julius Ohletz
Kim Marie Reinert
Klara Türk
Sophia Schamberg

Layout:

Merle Prestin (HAW Hamburg)

Illustrationen:

Merle Prestin

Anschrift Herausgeber und Redaktion:

Politik und Gesellschaft e.V.
Jungiusstraße 6
20355 Hamburg

Alle Beiträge erscheinen, wenn nicht anders gekennzeichnet, exklusiv in Politik & Gesellschaft. Die dabei vertretenen Ansichten sind solche der Autorinnen und Autoren; sie spiegeln nicht zwangsläufig die Ansichten der Redaktion oder der Bucerius Law School wider.

ISSN 1862-0213